

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 1/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.75, incl. ins Conto 2.90, bei keine Post am Ort, 2.75 S. S. A.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen über die Expedition für die einjährige Mitgliedschaft über Herrn Mann 20 Pf. Doppeljahr unter Zug 1 Pf. Jahresbeitrag für Arbeiter 15 Pf. Einzelhefte 25 Pf. Vereins- und Familienabonnements 15 Pf. Einzelhefte für die nächste Nummer müssen bis Freitag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 147.

Breslau, Donnerstag, den 26. Juni 1913.

24. Jahrgang.

## Schlesien im Statistischen Jahrbuch 1913.

Zum zehnten Mal ist soeben das Statistische Jahrbuch für den preussischen Staat, das zuerst im Jahre 1908 mit 242 Seiten Umfang herauskam, für das Jahr 1913 als ein umfangreicher Band von über 700 Seiten erschienen. Bei der heutigen Bedeutung der Statistik kann man es als den Brennpunkt des gegenwärtigen Staatszustandes bezeichnen, in welchem sich alles sammelt, was das Volksleben ausmacht. Neben den Zahlen, dem Bevölkerungsweisen und der Volkswirtschaft, steht das ganze Gebiet neuerzeitlicher Staatskultur an uns vorüber und die Gliederung in die einzelnen Landesteile gibt uns einen Maßstab für die Beurteilung der Verhältnisse, der Fortschritte und Rückschläge in den Provinzen und Bezirken. Mit ihren mehr als 5 1/2 Millionen Einwohnern erscheint Schlesien hinter der 7 Millionen zählenden Rheinprovinz als die zweite Provinz des Staates. Aber nicht nur nach der Einwohnerzahl, sondern auch nach seinen Bodenschätzen liegt in der Provinz ein Schwerpunkt der Monarchie. Dinge es mit rechten Dingen zu, d. h. wäre man in Schlesien um die kulturelle Entwicklung des Landes, um die Modernisierung der Verwaltung und vor allem um die Pflege der öffentlichen Bildung ebenso besorgt, wie im altkulturbereiten Westen, so hätte die Provinz in ähnlicher Weise wie die Rheinprovinz die Aufgabe, eine unbedingt führende Rolle im deutschen Volksleben zu spielen. Leider liegt das Land vollständig im Bann des Feudalismus mit seinen mittelalterlichen Grundlagen. Der Grund und Boden, was darauf und darunter wächst und gemacht ist, befindet sich im Besitz einiger Weniger. Die Verwaltung des öffentlichen Lebens ist nicht nach den Bedürfnissen der Volksmasse eingerichtet, sondern weit mehr nach den Interessen jener Wenigen. So fehlt der Masse Schlesiens jene solide und gediegene Erziehung, die einem Schicksal erst seinen wahren Wert verleiht.

Schon ein Blick in die Bevölkerungsverhältnisse belehrt uns, wenn wir sie mit dem deutschen Westen vergleichen, daß hier endlich einmal gründlichere Reformen einsehen müssen. Das reiche Menschenmaterial ergängt sich Jahr um Jahr um circa 180.000 Köpfe; aber sie bleiben dem Lande nicht in normaler Weise erhalten. Während im deutschen Westen die Sterblichkeit bis auf 14 pro Tausend herabsinkt, steigt sie in Schlesien noch immer auf 22, die ungünstigste Zahl im ganzen Staate. Über 100.000 Menschen werden alljährlich in Schlesien begraben, und doch könnte ein reiches Mittel davon dem Volksvermögen erhalten bleiben. Die Vergeudung des Menschenmaterials, das muß ausgesprochen werden, denn es hat seinen Zweck, die Augen vor Tatsachen zu verschließen, ist gerade in Schlesien eine ungeheure. Die verhältnismäßig sehr hohe Geburtenziffer, die ein Bild von der großen Leistungsfähigkeit des mütterlichen Elements in Schlesien gibt, wird durch eine überhöhte Kindersterblichkeit geradezu bestrast. Während z. B. die Säuglingssterblichkeit im Bezirk Breslau noch 24 Prozent beträgt, ist diese Ziffer in hannoverschen und hessensassauischen Bezirken auf bereits 11 bis 12 Prozent zurückgegangen. Das ist ein Unterschied, der mehr als zu denken gibt. Daß es einzelne Kreise in Schlesien gibt, die ganz abnorme Ziffern aufweisen, ist oft genug erörtert worden. Bemerkenswert ist, daß einzelne Todesursachen in besonderer Höhe auftreten, so im Bezirk Oppeln die Tuberkulose mit der Relativziffer 18 gegen nur 9,4 im Bezirk Allenstein, oder 11,2 im Bezirk Merseburg, ferner das Kindbettfieber, welches in der modernen Medizin als überwundene Erscheinung gelten sollte und der Keuschgüsten besonders im Bezirk Oppeln.

Die gewaltige industrielle Auffblühung der Provinz hat einen ungeheuren Bedarf an menschlicher Arbeitskraft erzeugt. Trotzdem ist die Abwanderung nach dem Westen eine bedauerlich hohe. Gingen dem Lande schon im Jahr 1900 bis 1905 über 56.000 Personen durch Abwanderung verloren, so steigerte sich der Verlust im folgenden Jahrzehnt auf 75.000. Zweifellos ist es der Landhungers, der hier mitspricht, denn Schlesien ist das gelobte Land maßlosen Großgrundbesitzes und des Fideikommiss. Ende 1910 waren fast 3 Millionen Morgen Boden im Fideikommiss gebunden, das war mehr als der vierte Teil der gesamten Fideikommissfläche im Staate. Bei einer so ungeliebten Bodenverteilung ist es unmöglich, das Land zu der Blüte zu bringen, auf die es mit Recht und Recht Anspruch hätte.

Der Bodenbesitz in Schlesien ist unermesslich. Ein Viertel des gesamten preussischen Ackerlandes und ein Sechstel der gesamten preussischen Wäldungen enthält allein auf Schlesien. Aber nur 10 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ist in Kleinbürgerlichen Händen, dagegen über 87 Prozent im Besitz des Feudalismus. Die Erntemengen der wichtigsten Feldfrüchte werden von keiner anderen Provinz übertroffen; an Winterroggen wurden im vorigen Jahre über 20 Millionen Zentner, an

Safer über 16 Millionen Zentner, an Winterweizen fast 9 Millionen Zentner, an Kartoffeln 100 Millionen und an Zuckerrüben 48 Millionen Zentner geerntet. Mit Recht gilt Schlesien als Brotkammer für den Westen. Auch der Rindviehbestand, mehr als 1 1/2 Millionen Haupt, wird von keiner anderen Provinz erreicht. Da die Rindviehzucht überwiegend bei dem kleineren Grundbesitz liegt, bedeutet das eine hohe Anerkennung für unsere kleineren Landwirte.

Gewaltig sind auch die Ergebnisse des schlesischen Bergbaus. Im Jahre 1911 wurden im Oberbergamtsbezirk Breslau an abbaufähigen Erzeugnissen gefördert für 372 Millionen Mark Steinkohlen, 5 Millionen Mark Braunkohlen, 33 Millionen Mark Zinkerze, 5 Millionen Mark Bleierze. Der schlesische Bergbau beschäftigt durchschnittlich eine Belegschaft von 167.000 Mann pro Tag. Der Gewerbestich der Provinz konzentriert sich in über 230.000 Gewerbebetrieben, von denen zwar nur 2943 Großbetriebe mit mehr als 50 Personen sind; aber diese Großbetriebe beschäftigen allein fast die Hälfte der gesamten gewerblich tätigen Personen, nämlich 477.000 von rund 1 Million. Die Hauptmasse, 156.000 Personen, steht im Bergbau, 121.000 im Handwerksberuf, 114.000 im Baugewerbe, 98.000 in der Bekleidungsindustrie, 92.000 in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und je 80.000 in der Textil- und Erdenergieindustrie. Metallverarbeitung und Maschinenbau beschäftigen je 56.000 Personen. Heute werden sich diese Zahlen der letzten Betriebszählung weiter stark erhöht haben.

Wir übergehen die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse im einzelnen, ebenso auch die verschiedenen speziellen Kulturgebiete und werfen noch einen Blick auf die Resultate des Wirtschaftslebens, soweit sie in dem Einkommen und der Vermögensbildung zum Ausdruck kommen. Nach der Veranlagung für 1912 hatten in Schlesien von 1000 Haushaltungsvorständen etwa 650 ein Einkommen von noch nicht 900 Mark gegen z. B. nur 340 Personen im Bezirk Düsseldorf. Der allgemeine Wohlstand läßt also alles zu wünschen übrig. Das durchschnittliche Einkommen eines Haushaltungsvorstandes, das in den Bezirken Düsseldorf und Köln weit über 1400 Mark hinausgeht, sinkt im Bezirk Oppeln auf 919 Mark, in Liegnitz auf 944 und beträgt im Bezirk Breslau, wo das Schwerkloß der Stadt Breslau den Ausschlag gibt, 1114 Mk. Die zur Vermögenssteuer veranlagten Personen versteuern insgesamt ein Vermögen von fast 9 Milliarden Mark. Wie anderwärts, so zeigt sich auch in Schlesien die merkwürdige Erscheinung, daß ein großer Teil der breiten Masse auf ein sehr beschränktes Existenzminimum angewiesen ist, während umgekehrt sich die größeren Einkommen und Vermögen zusehends mehren und häufen. Welche Konsequenzen unsere Steuer- und Wirtschaftspolitik aus dieser Tatsache zu ziehen hat, liegt auf der Hand.

## Politische Uebersicht.

### Das Ende der zweiten Lesung.

Die zweite Lesung der Militärvorlage ist gestern zu Ende geführt worden. Die bürgerlichen Parteien, die der sozialdemokratischen Fraktion die gründliche Erörterung der wichtigsten Frage der Heeresorganisation aus reiner Sehnsucht nach Ferien verweigerten, haben durch ihr fast vollständiges Stillschweigen die Beratungen nach Möglichkeit beschleunigt. An diesem letzten Tage der zweiten Lesung wurden sämtliche Resolutionen der Budgetkommission angenommen, während die aus dem Hause gestellten Anträge keine Mehrheit fanden. Abgelehnt wurde insbesondere auch der fortschrittliche Antrag über die Förderung des Turnunterrichts, nachdem die sozialdemokratische Fraktion, der er ohne die Garantie einer unparteiischen Handhabung unannehmbar war, gegen ihn stimmten.

Die Debatte über diesen Gegenstand nahm noch einige Zeit in Anspruch. Genosse Stachagen wandte sich vor allem gegen den Unfug, durch landesrechtliche Bestimmungen willkürliche Eingriffe in die Ausübung des Turnunterrichts zu veranlassen, sobald auch nur der Verdacht freirechtlicher Gesinnung besteht. Der konservative Herr von Büllig fand auch die ungerechteste Behandlung der Arbeiterbewegung zulässig und angebracht. Mit aller Entschiedenheit wandten sich noch die Genossen Dr. Sieblich und Sasse gegen die staatslich autorisierte und begünstigte Jugendbewegung, die in ihrem ganzen Geiste und ihrer ganzen Richtung bewußt reaktionär ist.

In der Beratung des Nachtragssetats zum Militäretat gab Genosse Büchner noch eine prägnante und scharfe Kritik der Behandlung, wie sie den Arbeitern in den Militärverhältnissen zuteil wird. Nachdem dann noch nach kurzer Besprechung eine Resolution zu Gunsten der Sanitätsoffiziere fast einstimmig angenommen war, begründete Genosse Hubert unter Anführung eines reichen Materials einen Antrag, die Konkurrenz der Militärärzte gegen die Zivilärzte zu verbieten. Aber selbst dieses wirklich unüberlegliche Beweismaterial konnte die Heeresverwaltung nicht überzeugen, und General von Wandel wandte sich mit einigen Nebenbemerkungen gegen unseren Antrag.

Herr Dr. Pfeiffer vom Zentrum gab zwar aus drücklich die Berechtigung unseres Antrages zu, er vermochte aber offenbar aus sehr praktischen keinen großen Eindruck zu machen, denn sie hat den Antrag ablehnen. Unter Angabe einer Reihe von Einzelfällen wandte sich Genosse Albrecht gegen das System der Defonomehandwerker, das eine Ausbeutung der Arbeiter durch Zwischmenschel zulasse.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Dr. Pfeiffer über die Zurücksetzung der Paravallusschiffe durch die Heeresverwaltung kam der Antrag der Nationalliberalen zur Beratung, die von der Kommission gestrichene Westmarkenzulage, nämlich Admirationsschiffe für die Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen, wieder herzustellen. Herr Dr. van Calker und der Kriegsminister sprachen so bezeugt wie sie es vermochten, für diesen Antrag, den Genosse Böhle mit klaren Gründen bekämpfte. Der Antrag der Nationalliberalen wurde abgelehnt. Es bleibt also bei der Streichung der Westmarkenzulage.

Damit war auch der Nachtragsetat erledigt. Auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung kommt die dritte Lesung des Staatsangehörigkeitsgesetzes und die zweite Lesung des Mehrbeitrages.

## Irresinn.

Von der bischöflichen Behörde in Osnabrück ist der Zeitung der Marienschule in Bremen ein Belleidsschreiben zu dem schweren Unglück zugegangen, das der wahnsinnige Schulamtskandidat heraufbeschworen hat. Dagegen wäre nichts zu erinnern, denn die Marienschule ist eine katholische Schule und sie steht unter der geistigen Oberaufsicht des Bischofs von Osnabrück. Aber die Sache gewinnt ein etwas anderes Gesicht durch die Art, wie die bischöfliche Behörde die Bluttat charakterisiert. Sie läßt nämlich die Möglichkeit offen, daß die Kinder ein Opfer des protestantischen antikatholischen Fanatismus geworden seien. In einem Falle, wo auch nicht der geringste Zweifel an dem Irren des Täters möglich ist, wagt man anzudeuten, daß parteipolitische und konfessionelle Motive im Spiele seien. Die Rundgebung ist am Sonntag nach dem Hauptgottesdienst von der Kanzel verlesen worden und es wäre nicht verwunderlich, wenn die versammelten Katholiken, die hörten, wie der Generalvikar des Bischofs neben die Möglichkeit des Wahnsinns die des Fanatismus stellte, sich für die zweite Alternative entschieden hätten.

Aber die bischöfliche Behörde von Osnabrück deutet doch nur an. Man höre demgegenüber die „Germania“. Sie legt die Tat ausdrücklich den protestantischen Hezereien gegen die Katholiken aus und will sich nicht durch den Einwand beirren lassen, daß der Mörder ja irrsinnig sei.

Wodurch ist er denn irrsinnig geworden? Eben durch seine völlige Hingabe an die antikatholische Verheerung. Er sah in allem Bösen die Hand der Jesuiten, welche letztere er mit den Katholiken identifizierte, so daß hätte er wohl nicht auf kleine Mädchen geschossen, die doch keine Mitglieder des Jesuitenordens sein können. Übrigens gibt es zu denken, daß nach einer Bremer Depesche des „Berliner Lokalanzeigers“ die Wirtskunde des Mörders bei ihm nie etwas von Gesteinsbildung bemerkt haben und daß ihnen sein Betragen in keiner Weise aufgefallen ist. Man wird annehmen können, daß der Verbrecher durch gewisse entsprechende Schriften, z. B. der Publikationen des Evangelischen Bundes, der „Täglichen Rundschau“ oder dergl. zu einem furchtbaren Haß gegen Jesuiten und Katholiken gekommen ist.

Wir sind sicher über den Verdacht erhoben, als sympathisierenden wir mit der Hege gegen die Jesuiten oder den antikatholischen Kibereien, die von Zeit zu Zeit im Evangelischen Bunde und ähnlichen Organisationen losgelassen werden. Aber kann es wohl eine schlimmere und bössartiger Hege geben, als einen armen Verrückten zum konfessionellen Fanatiker zu stampeln? Man will die Bremer Greuelthat denagen, um wieder einmal das Märchen von der Verfolgung der katholischen Kirche aufzuwärmen, und auf diese Weise die Massen, die den Zentrumsführern folgen, von den sie näher berührenden politischen Fragen abzulenken.

## Waffenstreikrecht.

Ist die Propagierung des Massenstreikgedankens nach Ansicht der Konservativen schon an sich freiespiel, so verdient es die schärfste Zurückweisung, daß die Sozialdemokratie gerade in der Zeit des Regierungsjubiläums Wilhelm's II. dieses Panier aufgerichtet hat. Der „Reichsbote“ meint, die Wahl dieses Zeitpunktes sei wohl kein bloßer Zufall und er jammert:

Während das Bürgerium, alle bürgerlichen Parteien des Reichs, ihres Kaisers und des Reichstages einer glänzenden Aufwärtsbewegung mehr oder minder freien (mehr oder minder ist gut), proklamieren die Sozialdemokraten die Vorbereitung des Massenstreiks nicht etwa um der wirtschaftlichen Verbesserung des Arbeiterstandes willen, sondern lediglich zu dem Zwecke, Preußen zu zwingen, das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht an die Stelle des derzeitigen Wahlmodus zu setzen.

Und der „Reichsbote“ hat auch genügend Respekt vor der Sozialdemokratie, um nicht an ihrem Willen zu zweifeln. Er spricht von der bewährten Planmäßigkeit ihrer Taktik und bei der Durchführung ihrer Programme. Er ist überzeugt, daß wir laut Antikatholismus einer Verleugung

riger Propaganda für den Massenstreik entgegengehen, und diese Ausgaben bereiten ihnen soviel Sorge, daß er den sonst so heftig gescholtenen Liberalen wieder mit den freundlichsten Worten zuredet, ihren Anschluß wieder mehr rechts zu suchen. Daran nachdrücklich denkt er nicht, den seiner Meinung nach dem Vaterlande drohenden Gefahren durch die Durchführung der Reformen zu begegnen, die die Sozialdemokratie fordert.

### Zum badiſchen Großblodkommen.

Die „Frankfurter Zeitung“ nennt das badiſche Wahlkommen ein „lehrreiches Vorbild“. Das Blatt führt unter anderem aus:

„Aus Abwehr und Schutz ist der Großblod entstanden. Aber es hat sich durchaus nicht auf die Negation beschränkt, sondern reichlich und unermüdet die positive Arbeit geleistet und dadurch war er nicht nur für Waden von Bedeutung, sondern für Deutschland überhaupt. Die Erziehung der Sozialdemokratie zu praktischer politischer Arbeit ist ohne Zweifel in Waden am besten gededet. Sie wirkte aber vom badiſchen Landtage aus auch auf den Reichstag hinüber. Wenn die Sozialdemokratie auch in der Reichspolitik eine markante Schwermut unternommen hat, wenn sie sich dort auch mit Phantastiegebilden abfindet und mit beiden Füßen den realen Boden der Tatsachen betritt, um auch in Reich mit den liberalen Parteien ihren Einfluß zugunsten einer möglichen Gegenwartspolitik einzusetzen, so danken wir das nicht zum wenigsten dem lehrreichen badiſchen Vorbild. Es ist notwendig, das zu betonen, um die Ängstler aller Richtungen zum Nachdenken zu veranlassen. Denn wir stehen hier am Anfang einer Entwicklung, die sich bei den Reichstags- und den preussischen Landtagswahlen erkennen ließ, deren konsequente Weiterbildung hier aber ebenso notwendig ist, wie jene in Waden. Gewiß erscheint ein Großblod in Preußen heute noch in weitem Maße; ebenso, wie die preussische Sozialdemokratie noch nach altem Schema den Vorkämpfergewinn über den realen Fortschritt stellt. Das aber eine besriedigende Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage und sogar eine umfassende Wahlrechtsreform ein Zusammengehen der Linken nach badiſcher Art zur Voraussetzung hat, das haben die letzten Wahlen für jeden Schenken wieder klar kennlich gemacht. Wie anders hätte sich hier das Wahlbild gestaltet, wäre man der Vorurteile und Demunisse, die ein solches Zusammengehen entgegensteht, Herr geworden. Wenn das unbefriedigbar ist, dann muß eben daran gearbeitet werden, der Linken Hindernisse für die Zukunft zu beseitigen. Das ist die eigentliche Aufgabe, die den politischen Intelligenzen aus der jetzigen Situation erwächst.“

### Anebelung der Landarbeiter mittelst der agrarischen „Volksversicherung“.

In einem Artikel an die ostpreussischen Gutbesitzer macht der Vorstand der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landwirtschaft gegen die Volksversicherung mobil und empfiehlt gleichzeitig die Versicherung der Landarbeiter bei der „Volksversicherung“ der Landwirtschaft. Der Vorstand weist den Agrariern dabei neue Wege, wie sie Landarbeiter noch mehr als bisher helfen können. Aus sollen die Agrariern möglichst gleich vom Lohn abgezogen werden. Es wird behauptet, die Volksversicherung mache den Versuch, auf dem Wege der Volksversicherung die sozialdemokratische Agitation in die bürgerliche und insbesondere in die ländliche Bevölkerung hineinzutragen. Die Folgen dieses Vorgehens der Sozialdemokratie auf die Gestaltung der ländlichen Arbeiterverhältnisse seien unabweisbar. Es liege auf der Hand, daß jeder Gutbesitzer das größte Interesse daran haben müßte, seine Arbeiter vor den Einflüssen der sozialdemokratischen Volksversicherung zu bewahren.

Nachdem den Agrariern auf diese Weise ordentlich gruselig vor der Volksversicherung gemacht ist, werden ihnen die „Vorteile“ genannt, die von der agrarischen Volksversicherung geboten werden. Dann heißt es wörtlich:

„Wir dürfen wohl annehmen, daß Sie im Hinblick auf die hier drohenden Gefahren gern bereit sein werden, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, indem Sie Ihre Arbeiter von den Vorteilen dieser Versicherung bei unserer Anstalt zu überzeugen und für diese zu gewinnen suchen. Die Volksversicherung kann auch vom Gutbesitzer als Mittel benutzt werden, um die Arbeiter zur Geschäftigkeit zu erziehen, und diejenigen, die sich als abhängig und uren erwiesen haben, zu belohnen. Das letztere kann z. B. dadurch geschehen, daß der Gutbesitzer sich bereit erklärt, nach längerer Dienstadt einen mehr oder minder großen Teil der Prämien

auf die Gutskasse zu übernehmen. Sterblich würde er auch zu möglichst ausgebreiteter Benutzung der Volksversicherung anregen und die Arbeiter, die zum Teil infolge der Sozialversicherung das Verdienst für den wirtschaftlichen Wert der Gutskasse verloren haben, wieder mehr zu eigenem Verantwortlichkeitsgefühl zu erziehen.“

Weder die Einziehung der Prämien heißt es in dem Vorbeschieden: Gerade der Arbeiter muß die Möglichkeit haben, die Prämien zu einer Zeit abzurufen, wo er über hohes Geld verfügt. Es ist aber ersichtlich, daß durch das häufige Einziehen geringer Beiträge große Unkosten entstehen müssen. Zu ihrer Verabreichung sind verschiedene Wege denkbar. In einzelnen Fällen, z. B. bei größeren Gütern, auf denen ein Rentant die Gutskasse verwaltet, wäre es vielleicht möglich, daß die Gutskasse die Einziehung übernimmt und die fälligen Beiträge bei den Lohnzahlungen einbehält. In diesem Falle könnten auch z. B. Prämien von der Gutskasse vorrätigweise gezahlt und von dem Versicherer zu einer Zeit eingezogen werden, wo ihn die Zahlung am wenigsten drückt.

Der Vorstand der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landwirtschaft hofft, daß seine Arbeit dazu beitragen möge, dem weiteren Vordringen der verderblichen Einflüsse der Sozialdemokratie zu wehren und insbesondere in unserer ländlichen Arbeiterbevölkerung den Willen zur Selbsthilfe, den Sinn für wirtschaftliche Unabhängigkeit, Selbstachtung und Selbstverantwortlichkeit und die Liebe zur heimlichen Scholle zu beleben und zu fördern.

Die Agrarier müssen doch eine heillosen Angst vor der Volksversicherung haben. Das beweisen die Mittel, mit denen gegen sie gearbeitet wird.

### Hupp mein Wädel!

Die Deutschen Haus- und Grundbesitzer, die bekanntlich am Rande des wirtschaftlichen Ruins stehen und denen die Gehegung immer neue und immer unerträglichere Lasten aufbürdet, singen ihre Klagelieder in diesem Jahre in Kiel, und wie wir schon jetzt überzeugt sein dürfen, wird ihr Kongress wieder den Nachweis erbringen, daß das Deutsche Reich zum Untergang verurteilt ist, wenn nicht bald eine Aktion zur Rettung des schwer bedrohten Standes unternommen wird. Sie haben ihre Not schon auf früheren Tagungen hinausgeschrien, aber man hat sie nicht so gehört wie sie es gewünscht hätten, und deshalb ist es gut, daß bei Gelegenheit der Begrüßungsansprachen an die vergeblichen Anstrengungen der Vergangenheit erinnert wurde. Der Konsul Windling-Kopenhagen, der Vertreter der dänischen Haus- und Grundbesitzer, erwarb sich das Verdienst, diese Erinnerungen zu beleben. Er gedachte, wie die Zeitungen berichten, der herrlichen Tage in Berlin gelegentlich des Internationalen Hausbesitzerkongresses namentlich der wundervollen Abende in den Cafés und Casinos mit ihrem Hupp mein Wädel!

„Ja, so haben diese Besamernsworten um Ihre Existenz gekämpft, Hupp mein Wädel!“

Und in Kiel sagten sie, daß sie den alten Traditionen treu bleiben wollen. Es mußte gleich wieder jemand huppen. Der Hausbesitzerverein der Stadt Jyehoe hatte als Delegierten zum Kongress einen Bodent reformer entsandt und der Vorstand des Gesamtverbandes beantragte wegen dieses freies kurzerhand Ausschluß der Jyehoe, mit dem Zusatz, daß seine Debatte über diesen Antrag stattfinden sollte. Es gab einen lebhaften Tumult, aber der Vorsitzende ließ nicht einmal Reden zur Geschäftsordnung zu, und ehe man sich umgesehen hatte, waren die Jyehoe draußen.

Das ist so die Art, wie in bürgerlichen Organisationen die Meinungsfreiheit geachtet wird. Wenn aus der sozialdemokratischen Partei einer nach Erschöpfung aller Instanzen und nach langen Diskussionen ausgeschlossen wird, dann schreit man über Bergewalligung, Tyrannentum und weiß Gott worüber sonst noch, und die am lautesten schreien, arbeiten dann in ihren eigenen Verbänden Mißliebigen gegenüber nach dem Rezept: Hupp mein Wädel!

Vertagung des Reichstags? Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll mit Sicherheit angenommen werden dürfen, daß der Reichstag nicht geschlossen, sondern bis Ende November vertagt wird. In Arbeit sind noch das Postengesetz, die Konkurrenzauflösung, das Petroleum-Monopol, die Jugendgerichte, das Gesetz über die Staatsangehörigkeit, das Internationale Wechselrecht usw., Vorlagen, die zum Teil schon soweit gefördert sind, daß bereits der Kommissionsbericht vorgelegt ist, und die die Regierung deshalb nicht unter den Tisch fallen lassen möchte. Bei der Geschäftslage des Hauses ist auch nicht damit zu rechnen, daß insbesondere das Petroleum-Monopol jetzt noch erledigt werden könnte.

## In schlammigen Händen.

Roman von Eric Schallier.

(Nachdruck verboten.)

Der Markt beschwand. Die ganze Stadt beschwand. Der dunkele Wellenraum öffnete sich. Es ging ein freier Wind durch den unendlichen Raum. Es war ein schwarzer Wind, er hatte in etwas wie gelben. Er hörte das Summen des Windes in der Nacht. Auf einmal lagte etwas. In der dunklen Unendlichkeit lagte eine helle, frühliche Stimme, ganz weit weg. Es war Dagmar, die in der äußersten Ferne lagte. Es war tausend Jahre weg, es kam aus der Ewigkeit, es erreichte ihn aber doch, wenn auch schwach. Jetzt lagte auch der Referendar. Der Referendar war ein lieber Mensch. Er lagte so gemühtig. Es tat wohl.

Der nun begann er ja zu fassen. Er fiel in irgend etwas Dunkeltes hinein. Er fiel in das Fieber zurück. Er wollte es wohl. Es war ganz gut, von all dem Sonderbaren hinwegkommen.

Er fiel schneller. Es war nicht das Fieber. Das Fieber hatte brennende Farben. Es war Nacht. Er fiel in die Nacht hinab. Er fiel mit rasender Geschwindigkeit. Das Raschen im Ohr kam wieder. Es mußte von der unersichtlichen Tiefe kommen. Es war der Aufbruch. Er konnte in den ewigen Abgrund Linien. Das Raschen brandete ihm im Ohr. Er wurde von einem unheimlichen, warmen Gefühl. Sein Kopf wurde ja zerplatzen. Es war gar kein Boden da. Es war kein Boden. Es war... „Jesus, lieber Jesus!“ hörte er in das Blaue hinein. Und dann ward er den ewigen Tod.

Die Sonne des kalten schönen Januermorgens lag im Spiegelzimmer. Dagmar kam eben herüber. Sie wollte zu dem Kaffeetisch hin. Das Feuer im Ofen war so lustig und beglückend.

„Was geschah?“ fragte das Dienstmädchen, als sie die weiße Bergelandskappe brachte. Die dienstliche Mutter stand bereits auf dem Tüschchen.

„Was antwortete Dagmar und splanderte vor Gehäßen mit den Beinen unter dem Tisch.“

„Sie hätte den Kopf der Nacht so fest und trübselig gefassen. Sie war so gesund, wie sie seit langem nicht gewesen war. Sie hatte ein schönes, reizendes Rad der Eigne gewonnen. Der Kaiser sollte sie belohnen.“

„Was sagte sie?“ lachte sie ironisch, als sie den Trank in die Tasse gab.  
„Das Mädchen guck.“  
„Die Lärm ist so oft.“

„Na, sie darf zu ihrem Schatz hinaufgehen, wenn sie kommt.“

Das Mädchen freute sich. Die Herrin war ein feines Frauengemüt.

Dagmar wendete sich nun dem Kaffee zu. Sie wollte dieses schöne Frühstück mit der süßesten Ruhe genießen. Sie kam auch bis in die Mitte der Mahlzeit, ohne geküßt zu werden. Aber dann kam das Mädchen wieder.

Es war offenbar etwas Komisches, das sie hereinführte. Sie stand in der Tür und lachte. Sie wendete sich ab, sie lachte wieder; sie wurde fast verlesen, weil sie so viel lachte.

„Kam“, sagte Dagmar freudlich. Das Mädchen stand bei ihr in der Gänge.

„Sie lachte wieder; eine andere Antwort kam nicht. Was ist denn das?“

„Sie sagte sich so weit, daß sie reden konnte. Eine will Sie sprechen.“

Dann prüfete sie wieder los. Es war so komisch, daß diese Etine zu ihrer Herrin hineinwollte.

„Hallo“, sagte Dagmar. Sie war in glänzender Stimmung. Etine machte ruhig kommen.

„Wo ist sie?“

„Draußen!“

„Lassen Sie sie einziehen! Ich habe mich früher mit ihr unterhalten.“

Das Mädchen öffnete, um Etine hineinzulassen. Die sie aber die Tür von der anderen Seite schloß, lachte sie noch einmal. Es war so interessant, daß diese alte Jungfer Dagmar gegenüberstand.

„Etine war erst; von bleicher Ruhe.“

„Was wollen Sie?“ fragte Dagmar; in ihren weichen Augenweilern spielte der Spott.

„Etine antwortete nicht darauf.“

„Etine werden die Lehrenstrenge holen müssen“, sagte sie, während ihre Augen fest auf Dagmar gerichtet waren. Der Schwere ritz und geritz um ihren Mund, aber sie beherrschte sich. Die Worte trafen wie ein scharfer Wind in das Frühstückstisch hinein.

„Wie meinen Sie das?“

„Um Etines Spinn wurde die Höllezeit sichtbar.“

„Ich meine, daß Lorenz Kamuffen ist in seinem Recht liegt.“

„Sie waren doch gewiß abwesend bei ihm?“ Es kam heimlich.

„Die Situation wurde unbehaglich.“

„Er wird in der Nacht geflohen sein. Er ist bestimmt unangekündigt gewesen.“

Der Herrere Ton reizte. In Dagmars Augen kam die kalte Frechheit. Sie funkelte zu Etine hinüber.

„Was wollen Sie im Grunde von mir?“

Bestätigung der Lehrer. Dem Reichstag ist ein Kompromissvertrag zugegangen, unterstützt von sämtlichen größeren Parteien, der folgendes bestimmt: Den 30. Dezember 1911 aufgeführten Lehrern und Erziehern an nicht öffentlichen Schulen oder Anstalten werden die privaten Einzelunterricht erteilenden Lehrer und Erzieher abbezahlt, soweit sie bei öffentlichen Pensionsanstalten für Lehrer und Erzieher versichert sind.

Bestätigung der Buchmacher. Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeiger“ soll dem Reichstag im Herbst ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Buchmacher zugehen. Das Blatt bemerkt zu seiner Meldung, daß ein solches Gesetz auf die Konzeptionierung des Buchmachers hin auswirken würde.

Die Welfen auf dem Rückzug. In der „Deutschen Volkszeitung“ veröffentlicht der Führer der Welfen, v. Schele-Schelenburg eine Erklärung, in der er sagt, daß in dem Schreiben des Prinzen August im Staatsrechtlicher Bericht auf die Hannoverischen Rechte des welfischen Fürstentums nicht enthalten sei. Es enthalte somit für die deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zur Beiruhigung. Die Partei sei sich jedoch der Verpflichtung voll bewußt, welche eine etwaige Trennung des Prinzen in Braunschweig ihr auferlegen würde. Sie werde durchaus den Erwartungen entsprechen, wonach die Hannoveraner alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung des Prinzen als Herzog von Braunschweig zu erschweren. — Trotz der Beiruhigung dieser Erklärung kann man doch das Eine herausheben, daß die welfische Partei sich gefügt hat, wie sie ja in der Tat auch bereits auf dem besten Wege ist, Anschluß bei den Konzeptionisten zu suchen. Wenn das noch nicht in aller Form gesagt wurde, so nur mit Rücksicht auf die zahlreichen Anhänger aus Kleinbürgerkreisen, über welche die welfische Partei in der Provinz Hannover noch verfügt, und die man nicht so knall und Fall vor den Kopf stoßen möchte.

Streik gegen die Wahl Rosenows im 10. Bezirk. Landtagswahlkreis. Im 10. Berliner Landtagswahlkreis wurde der Fortschrittler Rosenow mit 439 von 869 Stimmen, also mit einer Mehrheit von nur vier Stimmen, gewählt. Gegen die Wahl ist von sozialdemokratischer Seite Einspruch erhoben worden mit der Begründung, daß der Wahlvorstand bei der Prüfung der Mandate der Wahlmänner 45 beanstandete Mandate für gültig erklärt hat, obwohl Verstöße gegen das Wahreglement vorliegen.

Die Soldatenerkrankungen in Ostpreußen. Beim 78. Infanterie-Regiment in Ostpreußen sind 300 Mann unter Verfassungserkrankungen teils sehr bedenklich erkrankt. Von sozialdemokratischer Seite ist deshalb im Reichstag eine Anfrage eingebracht worden, die den Reichstangler um Auskunft über die Ursachen dieser Erkrankung ersucht und gleichzeitig fragt, welche Anordnungen getroffen worden sind, um eine Wiederholung solcher Vorfälle zu vermeiden.

Die Ausweisung der Jesuiten. Der Regierungspräsident von Westfalen hat einige Jesuiten, die in Coesfeld Vorträge halten wollten, ausgewiesen. Das Zentrum richtet deshalb die Anfrage an den Reichstangler, ob er diese Ausweisung billige, weil das Vorgehen des Regierungspräsidenten im Widerspruch stehe mit der Erklärung, die der Reichstangler am 28. November 1912 im Reichstage abgegeben habe, wonach eine Ausweisung der Jesuiten aus Coesfeld nicht erfolgen soll. Die Ausweisung der Jesuiten aus Coesfeld stehe aber in großem Widerspruch zu der bis noch vor wenigen Jahren geübten Praxis.

## Ausland.

### Parlamentarismus und Korruption.

Die Marconidesatte im englischen Unterhaus ist wie das Sondergericht Schließen ausgegangen. Nach all dem Donner der Leitartikel, nach all dem Sabelgetöse der liberal-konserverbathen Parlamentskammer, in der auch nicht einer der Kämpfer den kleinsten Akt davontrug, ist eine Art Versöhnung der beiden bürgerlichen Parteien zustande gekommen. Es heißt, die Ehre Englands sei nun wieder hergestellt worden. Es wäre auch peinlich gewesen, wenn diesmal aus dem Scheinlampen der beiden Parteien, die sich seit Generationen die Herrschaft über Großbritannien teilen, ein wahrer Kampf geworden wäre: wenn das Volk einmal einen Blick hinter die Kulissen hätte tun können, wo die Einzelheiten über den großen Weltwirtschaftskampf im vorhin abgemacht werden; wenn das Volk den Geschäften über Geschäftspraktiken hätte lauschen können, die man sich sonst nur privatim zuflüstert. Doch rechtzeitig erinnerte man sich des Grundgesetzes, daß eine ungeheuerliche Strafe einer liberalen Kräfte im Auge ausgehakt, wenn es sich um Dinge handelt. Die ganze Herrschaft des Bürgerturns gefährden könnten. Die Drohung der Liberalen, die Geschäftspraktiken eines früheren konservativen Schatzkammers und die verschleierten

„Ich will Ihnen einen Vorschlag machen; ich habe ja hier nichts zu verlangen“, sagte Etine fast bescheiden.

Dagmar wurde unsicher.

„Ich nehme an, daß Ihre Jugend mit solchen Fällen nicht vertraut ist. Ich könnte Ihnen nützen.“ Die ersten Augen gingen zu ihr hinüber. „Wollen Sie mir die Sorge für diesen Sterbefall überlassen?“

Dagmar war einen Augenblick ungeschlüssig, aber dann stand sie resolut auf.

„Nehmen Sie, was Sie wollen!“

„Nehmen Sie beiden miteinander fertig werden! Nichts ist den toten Mann noch haben! Es waren nur Krankheit und Jammer in ihm gewesen.“

„Sie ging mit schnellen, entschlossenen Schritten ins Schlafzimmer; sie legte förmlich zur Tür hinaus.“

Etine ging nach oben zu Lorenz Kamuffen... Der Kamuffen war bitterlich. Ein unangenehmer Wind ritz schneidend über den Pferdemarkt. Er zwang die Menge, das Gesicht abzuwenden und den Hohlrücken festzuhalten; die warme, schwarze Menge aber ertrug es gern. Die Beteiligung war ungewöhnlich groß. Der Name Kamuffen war noch einmal in aller Kraft durch die Stadt gegangen. Der stille Ernst, der tief in jeder menschlichen Seele ruht, wurde wach. Es wollte niemanden fehlen. Jeder hatte die Empfindung, daß hier ein schweres Schicksal zum Abschluß gebracht wurde. Die „Heiligen“ waren selbstverständlich alle erschienen.

Es ging niemand in des Gaus hinein; auch von den Bedauern des Schicksals ließ sich niemand hören. Es war, als wenn sie belagert würden. Sie hatten sich den trüben Vorboten, sie konnten erst zum Vorzeichen kommen, wenn sich der Schwarm verlaufen hatte.

„Sich tragende Arbeiter von den „Heiligen“ waren allein hineingegangen. Sie brachten den Berg mit großer Geschwindigkeit durch die enge Öffnung; aber dann trugen sie ihn in feierlichen Schritten den Lorweg hinaus. Er war unter Krängen verborgen. Es war ein Strom von Krängen ins Haus gegangen, die Etine über dem Lorweg mitgenommen hatte.“

Der junge Geschickte ging hinter dem Gange. Er hatte im Hause ein Ritzes Gebet gesprochen. Im Gange war man überrascht. Es hatte ihn niemand hineingehen sehen. Er war sehr früh gekommen, und hatte sich bei Etine im Speisezimmer aufgehalten, wo der Tote aufgebahrt war. Frau Engelbrecht wäre gern zu ihnen hineingegangen, sie traute sich aber nicht. Es ging vielleicht nicht an, die bürgerliche Ehrbarkeit so weit zu treiben. Sie hatte bereits früher ihre Güte angeboten, aber Etine hatte höflich abgelehnt.

(Kontinuation folgt.)





## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Juni.

### Die verbündeten kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte

haben dieser Tage in Breslau ihre Hauptversammlung abgehalten, die weit ist, ein wenig beleuchtet zu werden. Es handelt sich bei diesem Verbande um 58 Vereine mit etwa 16.000 Mitgliedern. Der Hauptversammlung voraus ging eine Versammlung mit einem Vortrage von Fräulein Dr. Meyer aus Dresden über:

#### Die Lage der Verkäuferinnen

Es wird uns darüber berichtet: Bei Beginn dieser Versammlung, die keineswegs etwa von Verkäuferinnen, sondern von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen besucht war, gab die Vorsitzende ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Kräfte der an sie ergangenen Einladung, den Verhandlungen der Hauptversammlung beizuwohnen, Folge geleistet haben. Sie betonte, die Verbündeten seien von der „Gemeinschaft der Interessen zwischen Prinzipal und Angestellten“ durchdrungen und sie würden sie in diesem Sinne tätig sein. Der anwesende Vertreter der Arbeitgeber war mit dieser Ergebnisskizze natürlich sehr zufrieden und versprach den „Verbündeten“, wenn sie so weiter arbeiten, und daran sei ja nicht zu zweifeln, jegliche Unterstützung.

Nach diesem schönen Anfang, begann Fräulein Dr. Meyer ihren Vortrag. Sie schilderte zunächst, wie sich die Frau in immer höherem Maße dem Verkäuferinnenberuf zugewandt habe, und dies näher auf die Lage der Verkäuferinnen ein. Zuerst kam sie auf die Gehaltsfrage zu sprechen und mußte zugeben, daß hier die Frau in der Regel ein Taschengeld von 5 bis 10 Mark und dann, nach ihrer Beendigung ein Anfangsgehalt von 20 bis 40 Mark. Gegen diese Anfangsgehälter läßt sich nach Ansicht der Rednerin nichts einwenden, aber man müsse feststellen, daß eine Verkäuferin oftmals über dieses Anfangsgehalt niemals hinauskomme, und manchmal erst nach 10jähriger Tätigkeit ein Gehalt von vielleicht 70 Mark erreiche. Trotz dieser Feststellung kam die Rednerin zu dem klaren Schluß, das Durchschnittsgehalt der Verkäuferin betrage 70 Mark bis 80 Mark, eine Forderung, über deren Unmöglichkeit bei den eklektischen Gehältern der Verkäuferinnen in den Großstädten und in der Provinz kein Zweifel bestehen kann. Fräulein Dr. Meyer streifte dann das in der Provinz noch oftmals übliche Kost- und Logiswesen und entwickelte hierbei ganz merkwürdige Ansichten. Besondere sie doch, dieses Kost- und Logiswesen sei für die Verkäuferinnen ein „fester moralischer Stützpunkt“. In Großstädten wolle man zwar nichts mehr von dem Kost- und Logiswesen wissen, aber hier wäre es gerade in ständlicher Beziehung oftmals sehr angebracht. Daß die Verkäuferinnen, die bei ihrem Arbeitgeber essen und wohnen, oftmals ständlich befehle geführt sind, scheint die Rednerin nicht zu wissen, genau so wenig, wie ihr das Unwürdige des Kost- und Logiszwanges überhaupt anscheinend nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Daß die Arbeitszeit sehr lang ist und die Arbeitsräume sehr oft gesundheitsschädlich sind, mußte die Rednerin zugeben, trotz ihres Bemühens alles möglichst rosig zu schildern, genau so, wie sie über die mangelhafte Sonnensituation und die geringe Entlohnung der Arbeitgeber in der Ferienfrage berichtete. Alles in allem kam die Rednerin zu dem Schluß, daß die Lage der Verkäuferinnen nicht sehr glücklich sei, und der Verbesserung bedürfte. Diese Verbesserung sei aber nur zu erreichen, wenn man die Vorbildung der Verkäuferinnen und damit den ganzen Stand hebe. Es müsse erreicht werden, daß nur solche Mädchen als Lehrlinge eingestellt werden, welche die 1. Klasse einer Volksschule besucht haben, die Lehrgzeit mindestens zwei Jahre betragen und mit Fortbildungszwang verbunden sein sollte. Vor allen Dingen müsse man aber durch Aufklärung dafür sorgen, daß sich auch Angehörige der bürgerlichen Gesellschaftsstände dem Verkäuferinnenberuf zuwenden, „denn dann würden die Kräfte aus dem Arbeiterstande, aus denen sich der Verkäuferinnenberuf hauptsächlich zusammensetzt, zurückgedrängt und das allgemeine Ansehen des Verkäuferinnenstandes wieder gehoben werden“.

Diese Ansichten der Rednerin wurden auch in Leitfäden niedergelegt und von den Verbündeten einstimmig gutgeheißen. Vergebens wird man in dem Vortrag etwas finden über die unwürdigen Arbeitsbedingungen in den Warenhäusern, vergebens etwas über die hohen Strafgebühren, der vielen unbezahlten Überstunden, die schlechte Bekleidung, auch über die Willkür, der die Verkäuferinnen in der Führung ausgesetzt sind. Solche Tatsachen verschweigt man, sie könnten ja bei den Herren Arbeitgeber Anstoß erregen.

Am Sonntag tagte dann im Rathaus die Hauptversammlung. Nach Erstattung des Jahresberichts sprachen die Vorsitzende, Frau Wälscher (Kosel) und Fräulein von Rössling (Berlin) über

#### „Die Ausbildung der Verkäuferinnen“.

Die erste Rednerin äußerte sich über die praktische Ausbildung. Sie erläuterte nochmals die schon eingangs erwähnte Forderung der zweijährigen Lehrzeit und versprach sich von dieser Forderung und der abgeschlossenen Schulbildung große Vorteile für die Verkäuferinnen. Alle minderwertigen Personen würden dadurch dem Beruf ferngehalten und die Lage der Verkäuferinnen gehoben werden.

Fräulein von Rössling (Berlin) sprach über die theoretische Ausbildung der Verkäuferinnen. Sie berichtete über die Erfahrungen, die sie als Leiterin einer Verkäuferinnenlehre gemacht hat und ging im einzelnen auf die ihr notwendig erscheinenden Unterrichtsgegenstände ein. Sie empfiehlt außer den selbstständigen Unterrichtsfächern, wie kaufmännisches Rechnen, Sprachunterricht usw., vor allen Dingen einen gründlichen Unterricht in der Berufskunde. Dieser soll aus fünf Elementen der Geschäftskunde, Rechtskunde, Warenkunde, Geschäftslehre und Anstandslehre bestehen. Die Rednerin meinte am Ende ihres Vortrages, daß zwar die Praxis durch die Schule nur ergänzt und niemals ersetzt werden könne, aber trotzdem der Wert dieser Schulen nicht geringer sei und überall Pflichtfortbildungsschulen für die Verkäuferinnen gefordert werden müssen.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung

#### „Die Lage der Filialleiterinnen“

sprach Frau Müller aus Wülhausen. Ihre Rede befaßte sich nur mit einer kurzen Mittheilung der von 185 Filialleiterinnen eingegangenen, zum größten Teil unvollkommen ausgefüllten Fragebogen, die ein vollständiges unzureichendes Bild gaben über die Lage der Filialleiterinnen. Man sah deshalb davon ab, auf diese Frage weiter einzugehen und beschloß, weitere Erhebungen unter den Filialleiterinnen vorzunehmen.

Was in allem hat auch diese Tagung wieder gelehrt, daß die „Verbündeten“ niemals ernsthaft als Vertreter für die Verkäuferinnen in Frage kommen können. Nicht durch Harmonielesen, auch nicht durch die zweijährige Lehrzeit und die „höhere Lohner“ wird die Lage der Verkäuferinnen gebessert werden können, sondern nur durch festen Zusammenhalt in einer

gewerkschaftlichen Organisation. So sehr auch wir die Notwendigkeit einer besseren Fortbildung anerkennen, so muß doch allem vorangehen der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hier aber haben die „Verbündeten“ vollständig versagt und werden auch ferner versagen, da ein solcher Kampf nicht mit den Arbeitgebern, sondern nur gegen sie geführt werden kann. Und daß auf diesem Wege etwas zu erreichen ist, das hat der Zentralverband der Händlerinnen schon längst bewiesen. In vielen Betrieben ist durch sein Einwirken eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangt worden und für Tausende von Verkäuferinnen hat er durch Tarifverträge mühselige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen. Ich muß mich deshalb alle Verkäuferinnen anschließen, denen es ernst um die Verbesserung ihrer Lage ist. Den Vereinen weiblicher Angestellter, wo sie doch nur gebührende Mitglieder sind und mit festen Bedenkarten abgelehrt werden, sollten sie fern bleiben.

### Die neuen Satzungen der städtischen Betriebskrankenkasse für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Alle Einrichtungen der Stadt sollten doch Musterbezeichnungen sein. Von der städtischen Betriebskrankenkasse ist das nicht zu behaupten. Da die Kassen bis zum 30. Juni ihre neuen Satzungen zur Genehmigung an das Versicherungsamt einreichen müssen, hat auch die städtische Kasse einen Statutenentwurf dem Ausschuss zur Genehmigung unterbreitet. Von erheblichen Verbesserungen ist nichts zu spüren; selbst Vorschriften über die Gewährung von Stillgeld fehlen gänzlich. Aus diesem Grunde hielt es der Kassenvorstand der Arbeitnehmer für angebracht, sich in einer außerordentlichen Kassenmitgliederversammlung am 21. Juni eingehend mit dem Statutenentwurf zu beschäftigen. Arbeitersekretär Peikert hielt den einleitenden Vortrag.

Ganz besonderen Wert muß der Festsetzung des Grundlohnes beigelegt werden. Der Entwurf enthält nur die Höchstgrenze von 5 Mark, während nach § 180 der R.-V.-D. die Satzung eine stufenweise Erhöhung bis auf 6 Mark erlaubt. Der Entwurf bedeutet keine Besserung für die Mitglieder. Ebenso ist die Einteilung der Lohnstufen zu bemängeln. Es sind sieben Stufen vorgesehen, die Staffelnung ist aber unregelmäßig.

Der Entwurf zeigt folgende Lohnklassen, Grundlohn und Krankengeldklassen:

Stufe	Arbeitsverdienst Mark	festgesetzter Grundlohn Mark	% vom Grundlohn Krankengeld Mark
1	weniger als 1,25	1,—	0,60
2	bis einschließlich 1,75	1,50	0,90
3	2,25	2,—	1,20
4	2,75	2,50	1,50
5	3,25	3,—	1,80
6	3,75	4,—	2,40
7	mehr als 4,50	5,—	3,—

Wir sehen bis zur vierten Stufe eine regelmäßige Steigerung um 50 Pfg., in der fünften Stufe aber um 75 Pfg., in der sechsten Stufe gar um 1 Mk., dann wieder um 50 Pfg. Was bedeutet das? Eine erhebliche Schädigung der Mitglieder in Klasse 5, 6, 7 um mindestens 30 Pfg. wöchentlich. Wenn die Lohnklasseneinteilung in gleichmäßigen Abständen von 50 Pfg. nach oben zu durchgeführt würde, erhielten wir mindestens zehn Lohnklassen. Die Leistungen würden sich dann folgendermaßen gestalten:

Stufe	Arbeitsverdienst Mark	Grundlohn Mark	% davon Krankengeld Mark
1	bis 1,25	1,—	0,60
2	1,75	1,50	0,90
3	2,25	2,—	1,20
4	2,75	2,50	1,50
5	3,25	3,—	1,80
6	3,75	3,50	2,10
7	4,25	4,—	2,40
8	4,75	4,50	2,70
9	5,25	5,—	3,—
10	mehr als 5,25	5,50	3,30

Nehmen wir an, ein Arbeiter erhält 3,30 Mark Arbeitslohn. Er würde nach dem alten Entwurf der Klasse V zugeordnet sein und im Krankheitsfalle 1,80 Mark täglich oder 12,60 Mark wöchentlich (einschließlich Sonntags) an Krankengeld erhalten. Derselbe Mann würde nach der neuen Einteilung der Klasse VI überwiesen werden und 2,10 Mark täglich oder 14,70 Mark wöchentlich Krankengeld bekommen. Gerade in den städtischen Betrieben wird der Lohnsatz von 3,30 Mark den allermeisten Arbeitern gezahlt. Auch hat die Festsetzung des Grundlohnes die allgrößte Bedeutung für die späteren Invalidenrentenempfänger. Weiter ist zu bemängeln, daß für Gewährung von Krankenzuschüssen ein Viertel vom Krankengeld abgezogen werden soll. Schreibt doch § 185 der R.-V.-D. vor, daß dies nicht in die Satzungen aufgenommen werden braucht. Bedauerlich ist auch, daß den Krankengeldempfänger die aus anderen Klassen noch Krankengeld erhalten. Der Redner empfahl, den § 185 des Statuts ganz zu streichen, weil § 189 und 190 der R.-V.-D. hierzu das Recht geben.

Echtes Bedauerlich ist es, daß für weibliche Mitglieder nicht durchgeführter gefordert wurde. Es fehlt im Statut ganz der § 196 der R.-V.-D., wonach Wöchnerinnen in ein Wohnheim untergebracht werden können, und § 200 R.-V.-D., wonach Wöchnerinnen, solange sie ihr neugeborenes Kind, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes bis zu zwölf Wochen erhalten können. Es ist unglücklich, wie eine solche Vorschrift nicht beachtet werden konnte. Gerade städtische Kassen sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

Nach weiteren Ausführungen empfahl der Redner, auch § 382 der R.-V.-D. in das Statut aufzunehmen, der den Versicherten erlaubt, in einer höheren Lohnklasse zu bleiben, auch wenn sie vorübergehend einen niedrigeren Lohn verdienen.

Nachdem noch kurz auf die Bedeutung der bevorstehenden Krankenkassenwahl hingewiesen und die Aussprache beendet war, nahm die gut besuchte Versammlung folgende Resolution an:

„Die am 21. Juni 1913 im Cafe Restaurant tagende Versammlung der Kassenmitglieder der städtischen Betriebskrankenkasse für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nimmt Kenntnis von dem Statutenentwurf. Die Versammlung erklärt, daß der Entwurf wichtige Bestimmungen der R.-V.-D., wie die Gewährung von Stillgeld usw., vernachlässigt. Die §§ 180, 182, 185, 196, 198, 200, 382 sind wegen ihrer großen Bedeutung für die Kassenmitglieder einer besseren Beachtung wert. Der Ausschuss wird beauftragt, mit allen seinen Kräften für den Ausbau des Statuts in diesem Sinne zu sorgen, und namentlich der Festsetzung des Grundlohnes und der Lohnklassen-Einteilung seine größte Aufmerksamkeit zu widmen.“

## Jahrhundert-Ausstellung.

### Kindertag im Vergnügungspark.

Deute im Vergnügungspark von nachmittags 8 Uhr, zweites Kindertag. Der Vergnügungsausschuss hat für die Unterhaltung der Kleinen aufs beste dadurch gesorgt, daß er mit mehreren Bäckern einen bedeutend ermäßigten Preis vereinbarte für den Besuch des Karussells, des Kasperle-Theaters, Hippodroms und anderes mehr. Ferner werden im Laufe des Nachmittags unter Aufsicht von Kinder-Ärztinnen gemeinsame umläufige und Spiele veranstaltet; die Krone des Programms dürfte auch heute wieder das für 6 Uhr festgesetzte japanische Tagfeuerwerk bilden.

### Ein Rat für die Ausstellungsbesucher.

Die weite Ausdehnung des Ausstellungsgeländes und die Reichhaltigkeit der verschiedenen sehenswerten Sonderausstellungen lassen es geboten erscheinen, das Publikum nochmals auf den an verschiedenen Plätzen des Ausstellungsgeländes stehenden „Führer durch die Ausstellung“ hinzuweisen.

### Fußballspori.

Am kommenden Sonntag wird im Sportpark Grünich nachmittags 5 Uhr ein internationales Fußballspiel zweier Städtegemeinschaften von Wien und Breslau veranstaltet, wie es bisher hier noch nicht geboten wurde. Die besten Spieler beider Städte werden vertreten sein. Vorverkauf in den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen und in der Verkehrsallee der Ausstellung.

### Die Wiese am Lindenberg.

Die vor wenigen Wochen widerrechtlich dem Publikum von der städtischen Gartenbauverwaltung freigegebene große Wiese am Lindenberg im Göppertthain muß auf kurze Zeit gesperrt werden, da durch die Trockenheit die Grasnarbe sehr gelitten hat, so daß sie sich in einigen Tagen der Schonzeit erst wieder erholen muß.

\* Billige Theaterbillets zum Gastspiel des Berliner Lessing-Theater im hiesigen Schauspielhaus sind für unsere Mitglieder in der Expedition der „Volkswacht“ für die Vorstellungen am Sonntag abend (Darlebens „Rosenmontag“) und am Montag abend (Johans „Mora“) zu haben. Preise der Plätze: 1. Rang und Parterre 1 Mark; 2. Rang 1. Reihe Mitte 0,75 Mark; Seitenplätze 0,50 Mark und 0,30 Mark.

Auch stehen uns noch Billets zu Sonnabend abend (Johans „Wedda Gable“) zur Verfügung.

\* Im Reiche der Operette. Unter dieser Firma findet ein großes Wohlthätigkeitsfest des Blindenvereins „Eintracht“ zum Besten armer Blinden ohne Unterschied der Konfession im „Friedeberg“ statt. Für gute Unterhaltung von groß und klein, sowohl im Garten wie im Saal ist bestens gesorgt. Eine Verlosung von 300 Gewinnen findet abends 7 Uhr, im Friedberg-Lokal unter Aufsicht statt. Die Gewinne sind im Festbureau, Gartenstr. 47, ausgestellt. Lose à 25 Pfg. als Eintrittskarten giltig, sind dort zu haben, ferner bei Barack, Michaelis, Gartenstraße 57, und beim Restaurateur Franz Neumann, Kaiser Wilhelmstraße 47.

\* Ein zeitgemäßer Wit. Daß die Unterdrückung der Hauptmannlichen Festivals überall ihre Spötter finden würde war voranzusehen. Zu diesen Spöttern gehört auch Henry Bender in seiner Revue „Breslau, so siehste aus!“ die gegenwärtig bei Lieblich aufgeführt wird. Bender erzählt, daß der Magistrat von Breslau in der Festspielhalle ein Paar gefunden habe. Infolgedessen heißt es jetzt nicht mehr Festspiel-Halle, sondern Festspiel-alte.

\* Eine Fasnachtsausstellung der Delikatessen-Branche ist am Dienstag vom Verein deutscher Kaufleute im Konzerthause auf der Gartenstraße eröffnet worden. Die Ausstellung ist geöffnet Donnerstag, den 26. Juni, von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends, Freitag, den 27. Juni, von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends. Eintritt 30 Pf.

\* Zwangsweise versteigert. Im Artikel unter dieser Ueberschrift in der gestrigen Nummer muß es heißen: „Gable“ statt 78 am 23. Juli, nicht Goethestraße 78.

\* Taschendiebstahl. Am Montag abend in der neunten Stunde ist einem Herrn aus Görlitz im Gedränge auf der Reuen Taschenstraße, das beim Dachstuhlbrand entstanden war, eine Brieftasche mit 250 Mark gestohlen worden.

\* Einbruch. Dienstag nachmittags ist eine Wohnung in dem Hause Tauentzienstraße 170 erbrochen worden, während der Mieter an einer Verdrigung teilnahm. Die Einbrecher haben alles durchwühlt und zwei Uhren im Werte von 70 Mark gestohlen.

## Vereine und Versammlungen.

\* Der sozialdemokratische Verein Breslau hält Donnerstag abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine General-Versammlung ab, wo der Vorstand und die Kommissionen neu zu wählen sind. Zutritt haben nur die Mitglieder und die Vertreter.

\* Gewerkschaftstaktik Breslau. Freitag, den 27. Juni abends 8 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Versammlung des Gewerkschaftstaktik. Um vollständiges Erscheinen ersucht der Kartellauschuss.

\* Konsum- und Sparverein-Vorwärts. Freitag, den 27. Juni, abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses ordentliche General-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Antrag der Verwaltung, ein Grundstück zur Errichtung einer Bäckerei anzukaufen.

## Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mitteilungen aus den Direktionsbüros.

\* Schauspielhaus. Gesamtgastspiel des Berliner Lessing-Theaters. Heute Mittwoch bringen die Berliner Gäste zum ersten Male Henrik Johans „Geopentier“ zur Aufführung. In dieser Vorstellung tritt Frau Elise Lehmann als Frau Ulrich zum letzten Male auf. Der Oswald spielt Herr Ross, den Pastor Manders Herr Oswald, den Fischer Engstrand Herr Jorek, die Begleitenden Fräulein Burger. Regie: Herr Emil Lessing. Donnerstag wird „Mora“ im wiederholt. Freitag geht „Das Konzert“, Lustspiel von Hermann Bahr, zum 1. Male durch das Lessing-Theater-Ensemble in Szene. Sonnabend „Wedda Gable“, Sonntag „Rosenmontag“, Montag „Mora“.

\* Gastspiel des Berliner Theaters. Dienstag, den 1. Juli, findet die erste Aufführung der Feste „Fimlgauer“ von Billy Bredschneider und Walter Kolbe, Text von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer, statt. Das Werk beherrscht den ganzen Winter den Spielplan des Berliner Theaters und findet sich auch jetzt noch häufig auf dem Repertoire dieser Bühne. Die nächste Aufführung wird durch das Berliner Ensemble unter Leitung des Direktors Stigmund Kunhardt veranstaltet. Für die Rolle der Fanny hat Herr Konrad Fränkel die Worte geschrieben.

### Zum Kampfe zwischen den Ärzten und Krankenkassen

wird uns geschrieben:

Nachdem die Gesetzgebung die ärztlichen Forderungen bei der Einführung der Reichsversicherungsordnung abgelehnt hatte, beschloßen die Ärzte, nunmehr „durch verlässliche Mittel der Selbsthilfe den ärztlichen Beruf frei zu erhalten“. Zu diesem Ziele sollen zwei Wege führen:

1. die gleichmäßige Organisation kassenärztlicher Vereine, in der Regel im Gebiete eines Versicherungsamtes;
2. als Waffe für die „gut durchdachte“ Musterverträge.

Inzwischen sind die kassenärztlichen Vereine im ganzen Reich gegründet worden; der Zahl nach etwa 800. Sie verlangten die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts. Das sollte auch zunächst, bis die einzelstaatlichen Ministerien damit einverstanden sind (so in Preußen, Bayern, Sachsen usw.) und diese Eintragung als unentgeltlich erklären. Sie stützten sich auf § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach nur Vereine, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, durch die Eintragung eine Rechtsfähigkeit erlangen. Durch diese Maßnahme der Behörden, die den Arbeiterorganisationen gegenüber rüchdig angewendet worden ist, wurden die Ärzte wieder „tief enttäuscht“. Sie riefen u. a. das preussische Kammergericht an, das sie aber in den letzten Tagen abgewiesen hat. Sie wollen nun dem Schaben dadurch bekommen, daß sie eine „Mißo straffere Reberspolitik“ treiben. Wenn Arbeiter etwas entfernt Nehalliches tun, nennt man das „Terrorismus“.

Die Musterverträge des Ärztevereinsbundes sind nun auch erschienen. Daß sie die freie Arztwahl und die Bezahlung der ärztlichen Behandlung nach Einzelleistung fordern, dürfte nach dem Bisherigen nicht überraschen. Neu ist aber folgendes:

Die Kassenmitglieder sollen in verschiedene Gruppen geteilt werden. Gruppe A umfasst die Mitglieder mit weniger als 6 Mark täglichem Arbeitslohn, Gruppe B alle übrigen versicherungspflichtigen Mitglieder, Gruppe C Mitglieder, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschieden sind und die Versicherung freiwillig fortsetzen, Gruppe D die Mitglieder, die der Kasse freiwillig beigetreten sind.

Für die Mitglieder der Gruppe A wird das Honorar nach den Mindestsätzen der ärztlichen Gebührenordnung berechnet; es kann darauf ein Rabatt gewährt werden. Für Mitglieder der Gruppe B wird ein Zuschlag von 50 Prozent zu den Mindestsätzen der Gebührenordnung, bei der Gruppe C von 100 Prozent berechnet. Für die Mitglieder der Gruppe D sollen die Leistungen der Kasse jahresgemäß auf Krankengeld ohne Krankenpflege beschränkt werden. Die ärztliche Versorgung dieser Mitglieder soll vom Vertrage nicht erfasst werden; sie soll nach freier Vereinbarung mit dem Arzte geschehen. Das Honorar soll von der Kasse an den Ärzteverein gezahlt werden, der es an die einzelnen Ärzte verteilt. Wenn ausnahmsweise Pauschalzahlung zugelassen wird, so soll sie pro Jahr für das Einzelmitglied 5 Mark, aber für die ganze Familie 15 Mark mindestens betragen. Wenn die Kasse bei Bezahlungen nach Einzelleistungen Rabatte verlangt, so muß sie nachweisen, daß sie trotz Erhebung der höchsten zulässigen Beträge nicht mehr als die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren kann.

Die Durchführung dieser Forderungen würde den Kassen geradezu unerschwingliche Kosten auslegen. Die Krankenkassenverbände, die sich inzwischen mit ihnen beschäftigt haben, nämlich die im Königreich Sachsen und in Anhalt, haben die Musterverträge für unannehmbar erklärt. Es steht daher zu erwarten, daß in den meisten Bezirken neue heftige Ärztestreiks entstehen.

### Rückbildung und Rückkauf von Versicherungen bei der Volksfürsorge

Die Gegner der Volksfürsorge haben, obgleich sie von ihren Versicherungsbedingungen nicht die geringste Kenntnis hatten, fortgesetzt die Mär verbreitet, die Volksfürsorge beabsichtige eine „eiserne Umklammerung der Versicherten von der Wiege bis zum Grabe“. Wer sich der Volksfürsorge einmal angeschlossen habe, sei ihr unrettbar für seine ganze Lebenszeit verfallen. Die Gegner sind im Irrtum. Die Volksfürsorge wandelt nicht die Bahnen der alten Gesellschaften, in deren Versicherungsbedingungen es heißt:

„Eine vorzeitige Zahlung für die Volksversicherungen oder deren Beilegung durch die Gesellschaft oder ein Rückkauf findet nicht statt.“

Dagegen heißt es in den Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge für die Kapitalversicherungen:

„Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit zum Schlusse des Versicherungsjahres kündigen.“

Im Fall einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge vier Fünftel der auf die Versicherung geschäftsplanmäßig entfallenden Prämienreserve gegen Quittung zurück.“

Bei den Sparversicherungen lautet der Passus:

„Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit kündigen. Im Fall einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge 85 Prozent der für die Versicherung angefallenen Prämienreserve und die nicht gutgeschriebenen Prämien zurück.“

Keine Gesellschaft außer der Volksfürsorge erlaubt bei der Volksversicherung unter so vorteilhaften Bedingungen die Kündigung von Versicherungen. Die Volksfürsorge wird ihre Leistungen, ihre Taten für sich reden lassen.

### Zwei gemeingefährliche Schwindler

wurden vor fünf Monaten in Breslau verhaftet und am Dienstag der ersten Strafkammer wegen Betruges und Verbreitung unzüchtiger Schriften vorgeführt.

Die Angeklagten sind der Kontorist Max Bisil und der Kaufmann Rudolf Schumann. Bisil, ein 25jähriger Mann, war Kontorist bei der Schlesiens Betonbaugesellschaft, wo er monatlich 65 Mark verdiente. Er verschaffte sich einen christlichen Nebenverdienst, der ihm 50 Mark monatlich einbrachte. Der hohe Nebenverdienst veranlaßte Bisil im Februar 1912, seine feste Stellung aufzugeben und sich ganz auf den Nebenverdienst zu verlassen. Der Nebenverdienst, den er sich erwählte, war aber mehr als zweifelhaft. In allen möglichen Tageszeitungen, darunter auch im „Breslauer General-Anzeiger“, ließ er Anzeigen los: „Wer sucht schriftlichen Nebenverdienst? Täglicher Verdienst 5 Mark.“ Auf diese verlockende Anzeige fielen hunderte armer Südensünder herein. Wer sich meldete, bekam zunächst einen gedruckten Briefbogen zugeschickt etwa folgenden Inhalts:

„Sehr geehrter Herr! Es handelt sich um einen schriftlichen lohnenden Nebenverdienst, über den Sie Näheres durch uns erfahren können, wenn Sie zuvor 1,75 Mark einlösend.“

Die meisten Bewerber schickten die geforderten 1,75 Mark und belamen dafür eine Broschüre, die einen Wert von sechs Pfennigen hatte. In diesem wertlosen Heft war weiter nichts angegeben, als daß man sich Nebenverdienst durch Adressenschriften, Akquisition usw. verschaffen können. Die Gesprellten waren nach dem Lesen der Broschüre gerade so klug wie vorher und hatten noch 1,75 Mark eingebüßt.

Der Angeklagte Schumann war als Geschäftsstellhaber des Bisil tätig. Die Briefe, welche die Geschädigten erhielten, trugen den Kopfbeschriftung „Bisil und Schumann, Vermittlungsbureau für Nebenverdienst, Breslau 2, Bankkonto bei der Breslauer Diskontbank.“ Das Bankkonto betrug im ganzen zehn Mark, die später von der Bank auch gefündigt worden sind. Nebenbei widmeten sich die beiden „Vermittler“ auch dem Darylehaschwindel und dem Vertriebe von Broschüren zur „Bekämpfung des Kindersegers“ und zur „Bekämpfung von Frauenleiden“. Alles in allem hat dieser Schwindel gute Einnahmen gehabt, bis die Staatsanwaltschaft dahinter kam und beide verhaften ließ. Die Verhandlung vor der ersten Strafkammer zog sich bis um 4 Uhr nachmittags hin und endete mit Vertagung des Termins auf Mittwoch. Wir kommen morgen auf den Ausgang des Prozesses zurück.

Die beiden Darylehaschwindler Biesil und Schumann wurden heute von der Breslauer Strafkammer zu acht und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

### Wieder ein „Terrorist“

Während des Instalateurfests am August 1912 begegnete der am Strelitzstraße 100 wohnende Arbeiter Wilhelm Nagel auf der Friedrichstraße dem Arbeitwilligen Schlosser Artur Pelltan. Auf die Frage Nagels, warum er nicht mitstreite, antwortete Pelltan, er wolle erst einen Vorwurf abarbeiten und sich dann am Strelitz beteiligen. Längere Zeit darauf, am 30. August, sah Nagel den Arbeitwilligen wieder auf der Kopenhagenerstraße, wie er gerade einen Sandwagen zog. Nagel sagte: „Du hast uns doch gesagt, du willst kein Strelitzmacher sein.“ Nach der Aussage des Arbeitwilligen soll Nagel geäußert haben: „Oberflächlicher Dummkopf, Streikbrecher, na warte, heute Abend haben wir dich aus.“ Auf die Anzeige Pelltans, der jetzt als Schiffshörer in Kiel tätig ist, erhob die hiesige Staatsanwaltschaft gegen N. Anklage wegen verübter Mordung, Beleidigung und Gewerbevergehen. In der Schöffengerichts-Verhandlung am Dienstag beantragte der Staatsanwalt gegen N. zwei Wochen Gefängnis, mit der üblichen Begleitung, die Arbeitwilligen müssen nachträglich geschädigt werden. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Schönfeld, meinte, wenn überhaupt die Darstellung Pelltans richtig sein sollte, dann müsse man auch den ganzen Zusammenhang der Dinge berücksichtigen. Pelltan hatte versprochen, nicht den Arbeitwilligen zu spielen, und bachte in Wirklichkeit gacocht daran, sein Versprechen einzulösen. Es liegt kein Grund vor, eine Gefängnisstrafe zu verhängen. Uebrigens hat auch Pelltan den Angeklagten mit einem Briefe bedroht. Das Urteil lautete nun wegen Beleidigung auf 30 Mark Geldstrafe.

Ein Seitengewehr gestohlen. In einem Cafe auf der Nikolaistraße ist am Sonntag früh gegen 8 Uhr, einem Soldaten der Maschinengewehrkompanie, der sein Seitengewehr abgeschossen und sich für wenige Augenblicke entfernt hatte, die Klinge gestohlen worden. Auf dieser steht die Bezeichnung: „Nr. 17, 22, Kg. M. G.“

Wermitt wird seit mehreren Wochen der 43 Jahre alte Pader August Schädler aus Loda, der hier seiner Ehefrau, die ihn in eine Heilanstalt bringen wollte, auf der Schuhrückle entlaufen ist. Seit diesem Tage fehlt von dem Manne jede Spur.

Strafeneunfall. Am Hauptbahnhof kam am Montag ein Maurer von der Sandstraße durch Ausgleiten so unglücklich zu Falle, daß er eine klaffende Kopfverletzung erlitt, die ihm von Samaritern der Feuerwehr verbunden wurde. Man schaffte dann den Verunglückten ins Wenzel-Gandek-Krankenhaus.

Diebstahl. Einem fünfzehnjährigen Schüler, der in diesen Tagen am Hebliger Wege baute, ist von einem Manne die Kniehohe gestohlen worden. In der Pose war ein Portemonnaie, eine Radfahrkarte, ein Schlüssel und in einer Gurttasche eine wertvolle Taschenuhr. Zwei Tage später wurde die Pose gefunden. Der Dieb hatte sie anscheinend nur in Eile durchsucht und dann fortgeworfen.

Kupferdraht gestohlen. Einem Geschäft von der Schrotgasse sind in der Nacht zum Dienstag durch Einbruch 100 Meter Kupferdraht gestohlen worden.

Kellerfeuer. Am Dienstag in der Mittagsstunde wurde die Feuerwehr nach Goethestraße 84 gerufen. Hier waren im Keller eine Menge Holz und Kohlen und ein Verschlag in Brand geraten. Die Feuerwehr löschte das Feuer in wenigen Minuten mit der Eimerpritze.

Kirchhofdieb. In diesen Tagen wurde auf dem Döwiger Friedhof ein Mann beobachtet, der von den Grabern Blüten abschchnitt und sie in einen Korb und einen Kasten legte, die von seinen zwei Söhnen getragen wurden. Es gelang, den Namen des Mannes festzustellen, so daß er angezeigt werden konnte.

### Aus Breslau (Land)-Neumarkt. Das Arbeitsbuch.

Der Landrat erläßt folgende Bekanntmachung: Wiederholt ist festgestellt worden, daß minderjährige Arbeiter, die ohne Innehaltung der Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis verlassen haben, und ihr Arbeitsbuch dabei im Stich lassen, sich von den Ortspolizeibehörden haben neue Arbeitsbücher ausstellen lassen und daß die Ortspolizeibehörden diesem Erfuchen ohne nähere Prüfung in mehreren Fällen nachgegeben sind.

Ich mache daher die Herren Amtsvorsteher auf die Vorschriften des § 108 der Gewerbeordnung und der Ziffer 185 der zur Gewerbeordnung ergangenen Ausführungsverordnung vom 1. Mai 1904 — Sonderbeilage zu Stück 26 des Amtsblattes von 1904 — aufmerksam und eruche ich, diese Vorschriften in Zukunft genau zu beachten. Breslau, den 20. Juni 1913.

### Aus aller Welt.

#### Sittenpolizeibeamte als Zuhälter.

Unter die Äußersten der Berliner Sittenpolizei und des Amtsgerichts leuchtet ein Prozeß hinein, der vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I (Berlin) verhandelt wird. Unter der Anklage, den Prostituierten Geld ange- u. a. zu lassen, ja sogar geordert zu haben, haben die drei Sittenpolizei Beamten Paul Thiede, Hans Kachmann und August Seegerich vor Gericht. Mit ihnen hat sich die Ehefrau Thiede wegen schwerer Kupplerie zu verantworten, weil sie den ehedem hiesigen Vertreter ihres Mannes mit einer Prostituierten in ihrer eigenen Wohnung gehuldet haben soll. Die ganze Angelegenheit kam feinerzeit in Fluß durch die Verzeihlichkeiten der „Zeit am Montag“, die die Korrespondenz zwischen Thiede und zwei Frauen abdruckte. Der Polizeipräsident ordnete darauf sofort eingehende Erhebungen an, und die Folge war, daß zunächst eine ganze Anzahl von Sittenpolizei Beamten vom Dienst entbunden wurden. Die Ver- fahrten wurden aber bis auf die gegen die drei Angeklagten wieder eingestellt, da gegen die übrigen kein ausreichendes Beweismaterial vorlag. Die Angeklagten sind die Prostituierte Thiede, deren sich Thiede als Zuhälter bediente. Er und für ihn in die Bekämpfung einer Prostituierten der Sittenpolizei Beamten, die Thiede behauptet, daß sie die Anklagen für ihre Tätigkeit aus eigener Tasche bezahlt habe und Thiede hat dafür angewiesene Geld in die eigene Tasche gesteckt. Weiter behauptet die Thiede, daß sie den Angeklagten Thiede hül- fte, die Prostituierten zu beschaffen. Die Angeklagten sind die Prostituierte Thiede, deren sich Thiede als Zuhälter bediente. Er und für ihn in die Bekämpfung einer Prostituierten der Sittenpolizei Beamten, die Thiede behauptet, daß sie die Anklagen für ihre Tätigkeit aus eigener Tasche bezahlt habe und Thiede hat dafür angewiesene Geld in die eigene Tasche gesteckt. Weiter behauptet die Thiede, daß sie den Angeklagten Thiede hül- fte, die Prostituierten zu beschaffen.

#### Geld fließt nicht.

Eine für die Geldgier Alfons von Spanien bezeichnende Erbschaftsgeschichte wird gegenwärtig in dem französischen Städtchen St. Gaudens verhandelt. Dort hat ein reicher Sanderling, Albert Sabene, sein ganzes Vermögen in Höhe von drei Millionen dem König von Spanien vermacht und ist bald nach Aufhebung dieses Testaments gestorben. Es steht fest, daß Sabene irrsinnig war. Er hat an einer Kombination von Verfolgungswahn und Größenwahn gelitten. Als die französischen Behörden auf die Klagen des Erbfinders nicht mehr eingingen, stellte er sich unter den Schutz des Königs von Spanien, dem er sein Vermögen vermacht. Das Widerwärtigste an der Geschichte ist, daß Alfons XII. dieses zweideutige Testament eines Narren angenommen hat und jetzt den Prozeß gegen die leiblichen Erben des Toten führt. Die Schwester Sabenes ist verschiedene Male nach Madrid gereist, um den König zu bitten, diesen letzten Willen nicht anzuerkennen. Aber alles war vergeblich. Der König besteht auf seinen Millionen und am Montag hat der Prozeß begonnen. Die Vertreter des Königs sahen in den unzweifelhaften Annehmlichkeiten der spanischen Hofhaltung vor, und den ganzen Tag über wurde die Sache verhandelt. Der Vertreter des Königs ließ durchblicken, daß der König die Millionen des Herrn Sabene annehmen werde, um in dem französischen Badeort Nyon ein holländisches Stabliement zu begründen. Der Prozeß wurde vertagt.

Zurück zum Tat eines Wahnsinnigen. In Olligs (Australien) wurde der 25jährige Fabrikarbeiter Damppe seine 23 Jahre alte Ehefrau und seinen 12jährigen Sohn durch Hammerschläge auf den Kopf und Schütteln dann die Halsschlagader durch. Dann begoß er die Leichen mit Petroleum und schob sie an. Hierauf durchschmitt er sich selbst die Halsschlagader und starb. Er wurde mit dem ersten Stoß auf die Straße hinaus, wo er mit verletzten Gliedern tot liegen blieb. Die Polizei nimmt an, daß Damppe die Tat in einem Wahnsinnszustand begangen hat. Er war schon früher einmal in einem Irrenhaus interniert und sollte auch jetzt wieder dorthin eingeliefert werden.

dessen Identität noch nicht ermittelt werden konnte. Anscheinend handelt es sich um einen Knaben aus Berlin, der das Opfer eines Luftmörders wurde.

Eine Schiffe am Panamakanal eingeführt. Neue Nachrichten vom Panamakanal besagen, daß die Schleuse von Miraflores dem Druck des Wassers nachgegeben und eingeführt sei. Der Schaden erreicht eine Höhe von 1 1/2 Millionen Dollars.

In den Niagarafällen hinabgerissen. Der „Evening Standard“ bringt folgende Nachricht: Zwei Kinder im Alter von 10 und 9 Jahren spielten in einem Kahn in der Nähe der Niagarafälle. Der Kahn wurde von der Strömung erfasst und den Fällen zugeführt. Die an den Ufern stehenden Zuschauer, die nach Hunderten zählten, mußten sehen, wie der Kahn mit den Kindern in die Tiefe stürzte, ohne daß sie Hilfe leisten konnten.

Ein Kampf zwischen Fischern und Polizei. Die Berliner Blätter melden, daß es am Sonnabendabend zu einem Konflikt zwischen einem deutschen Fischer und der holländischen Polizei in der Forstbucht auf Fünen gekommen. Ein Polizeibeamter trat ein Motorboot aus Apenza ab, dessen Insassen auf holländischem Gebiet fischten. Der Fischer weigerte sich, das Boot einbringen zu lassen, und fünf andere deutsche Boote eilten zu seiner Hilfe herbei. Der Fischer bedrohte den Polizeibeamten mit dem Messer. Während des Kampfes fielen beide ins Wasser. Die fünf anderen Fischer retteten ihren Kameraden, schlugen den Polizeibeamten mit Bootshaken und Eisenketten und zogen davon. Der Polizeibeamte rettete sich schließlich trotz seiner schweren Verletzungen in seinem eigenen Boot. Ueber den Fall wurde der Staatspolizei berichtet.

Wichtige Gefährliche gestohlen. Bei der zweiten Abteilung des dritten Gardebataillierregiments in Potsdam fand vor einiger Zeit, wie erst jetzt bekannt wird, Diebstahl vor. Nach einer Mitteilung vermachte dort von einer der neuen Haubizen der 8. Batterie ein Pfeifer, und trotz der strengsten Unternehmung konnte bis jetzt der Dieb nicht ermittelt werden. Ueber die Mannschaften der sechsten Batterie ist deshalb bis auf weiteres strengere Kasernenareest verhängt worden. Seit einigen Tagen wollen Berliner Kriminalbeamte in Potsdam, um in Gemeinschaft mit den Militärbehörden dem Dieb auf die Spur zu kommen.







Die zweite Lesung der Militärvorlage beendet.

Deutscher Reichstag.

188. Sitzung, Dienstag, den 24. Juni, nachmittags 8 Uhr. Am Tisch des Bundesrats v. Peeringen, Kurze Anfragen.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten Ruden (Soz.).

Abg. Graf Praschna (Zentr.) verweist in seiner Anfrage auf eine Bestimmung des amerikanischen Zolltarifs, die von amerikanischen Schahntun dann benutzt wird, in deutschen Fabriken und Geschäftsbetrieben die Vorlage von Geschäftsbüchern...

Abg. Dr. Lehmann: Die bisherigen Bestimmungen haben zu einer Verhinderung der Einfuhr deutscher Waren nicht geführt, und die Regierung hat bisher keine Veranlassung gehabt, einzuschreiten.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Wehrvorlage.

Zur Debatte steht der von den Abg. Dr. Blasch (Vpl.) und Genossen beantragte Artikel 3a, im Reichsmilitärsgesetz zu bestimmen, daß die verbandlichen Regierungen dafür zu sorgen haben, daß die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter...

Der Abg. Mumm beantragt dazu, daß nur staatsstreuen Turnvereinen Staatsunterstützung zu teil werden soll.

Die Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen: Alle handelsrechtlichen Vorschriften, durch welche die Erteilung des Turnunterrichts von der politischen oder religiösen Bestimmung des Lehrers oder der Schüler abhängig gemacht wird, werden aufgehoben.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Abg. Mumm hat zur Begründung seines Antrags, der geeignet ist, Gefinnungs- und Charakterlosigkeit großzugig zu sehen, neulich u. a. darauf hingewiesen, daß die nationalen Turner das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ singen.

in die 70 er Jahre hinein verboten.

Wenige Jahre darnach wurde es, sehr mit Unrecht, zum Kampflied der Leute um den Vordrediger Stöcker. Was unseren Antrag anlangt, so könne man ihm mit Recht entgegenhalten, wie es denn denkbar sei, daß landesrechtliche Bestimmungen dieser Art bestehen.

Servilität nach oben und Brutalität nach unten das Ziel der Jugendverziehung wäre, hätte dieser Erlaß einen Sinn. Auf jeden Fall aber verstößt er gegen die Verfassung, nach der alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind.

unmoralisches verfassungswidriges Verhalten

müß für die Zukunft unmöglich gemacht werden. Es ist charakteristisch, daß wir Sozialdemokraten für einen Antrag eintreten müssen, bei dessen Nichtexistenz, wenn er noch leben würde, als Hochverräter bezeichnet werden müßte, daß wir eintreten müssen dafür, daß unsere Jugend zu selbständigen charaktervollen Menschen erzogen wird.

nicht. Solange die Sozialdemokratie den Staat angreift, muß sie danach behandelt werden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wo ist der preussische Kultusminister? Er gehört hierher auf die Klagebank. Nicht Monate lang ließ er die Reichsgerichtsentcheidung von 1910 nicht gelten und veranlaßte seine Behörden, sich dagegen aufzulehnen.

auf das Gesetz pfeifen?

(Sehr wahr! bei den Soz.) Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung. Unerbört ist die Verfolgung der polnischen Gefangenenlehrer in Oberschlesien, gegen zwei von ihnen sind binnen wenigen Wochen Geldstrafen von zusammen 2000 und 6000 Mk. verhängt worden.

gegen die Arbeiterjugendbewegung

der Reaktion an. Ihr ganzer „Kampf“ um Militärreformen ist ein Versteckspiel. Der Präsident rügt diesen Ausdruck und der Hohn des Kriegsministers über Ihre klägliche Falschung von Vorkatzen war wohlverdient.

Präsident Kämpf erteilt dem Abg. Stadthagen wegen seiner Kritik des Vorgehens der preussischen Regierung als verfassungsbrecherisch einen Ordnungsruf.

Abg. Sasse (Soz.): Der Antrag Mumm ist kurzerhand ein Unschick geworden. Ganz besonders würden durch seine Annahme die Geschäfte der gelben Gewerkschaften gefördert werden.

immer sich kein Staatsanwalt und kein Gericht um das Treiben der Gelben.

Abg. Böhner (Soz.): Den berechtigten Forderungen der Arbeiter in den Militärverhältnissen muß mehr nachgegeben werden als bisher.

Damit ist die zweite Lesung der Wehrvorlage beendet.

Es folgt die Beratung des Nachtragsetats zum Militärstat.

Abg. Böhner (Soz.): Den berechtigten Forderungen der Arbeiter in den Militärverhältnissen muß mehr nachgegeben werden als bisher.

einem 70 jährigen, völlig gelähmten

Erfurter Staatsarbeiter ein Drittel der Unfallrente gekürzt. (Hört, hört! bei den Soz.) Erst das Oberverwaltungsamt hat ihm die volle Rente wieder zugesprochen.

Darauf werden die am Sonnabend ausgelegten Abstimmungen vorgenommen.

Der sozialdemokratische Antrag zur Reform der Militärjustiz wird gegen Voten und Sozialdemokraten abgelehnt, die Resolution der Budgetkommission zu dieser Sache gegen die Rechte angenommen, die Resolution der Kommission über die Dienstprämie der Unteroffiziere wird gegen die Sozialdemokraten angenommen.

In der fortgesetzten Beratung des Nachtragsetats treten die Abg. Biesing (Vp.), Dr. Gerlach (Zentr.), Dr. Becker-Pfeiffer (bei keiner Partei) und Dr. Quast-Roburg (nall.) für eine Resolution ein, daß den Sanitätsoffizieren ein Teil der Studienstipendium in das Dienstalter einzurechnen werden soll.

Ein fortschrittlicher Antrag auf Streichung einiger Offiziersstellen wird gegen Fortschritt und Sozialdemokratie abgelehnt, die Resolution zugunsten der Sanitätsoffiziere fast einstimmig angenommen.

Abg. Jubel (Soz.) begründet einen Antrag, die Konkurrenz der Militärmusiker gegen die Zivilmusiker zu verbieten. Auch von bürgerlicher Seite wird ein Einschreiten gegen diesen rücksichtslosen Ruin bürgerlicher Existenzen gefordert.

Generalleutnant v. Wandel bittet um Ablehnung des Antrags. Welche Kreise des Volkes wollen die Militärmusik nicht missen. In Ostpreußen würde das ganze Musikleben der Provinz vernichtet, wenn die Militärmusik nicht konzentriert dürften.

Ein sächsischer Militärbevollmächtigter bestritt gegenüber Jubel, daß die Auflösung der Baugener Stadtkapelle durch die Militärkonzurrenz verschuldet worden sei.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) stellt gegenüber dem General v. Wandel fest, daß die Klagen der Zivilmusiker berechtigt seien. (Beif. i. Ztr. und links.)

Generalleutnant v. Wandel bestritt, daß die Beschwerden der Zivilmusiker nicht sorgfältig genug geprüft worden wären.

Abg. Jubel (Soz.): Alle Beschwerden sind übertrieben! Erst u n i e r t man die Zivilkapellen durch die Militärkonzurrenz und dann sagt man, die Bevölkerung würde ohne Militärkapellen nicht auskommen.

Abg. Albrecht (Soz.): Wann werden denn endlich die Dekonomiehandwerker abgehafft? Sonst gilt es als Schande, zum Arbeitslosen degradiert zu werden, aber Leute, die zu hoch zum Waffendienst sind, hebt man aus und gewinnt sie zu Handwerkerarbeit.

Generalleutnant v. Staab: Die Militärverwaltung legt keinen besonderen Wert auf das eine oder andere System. Die Beibehaltung der Dekonomiehandwerker entspricht aber einem Wunsch des Reichstags.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Bei einem späteren Kapitel wendet sich

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) gegen die Angriffe auf Major Barfuss und die Luftschiffbau-Gesellschaft, weil diese ein Paravallschiff nach England verkauft hat.

Generalleutnant v. Wandel: Wir verfolgen alle Luftschiffprojekte mit Interesse.

Abg. von Koller (nl.) beantragt Wiederbestellung der „Westmarkenzulage“ für die Unteroffiziere in Elsaß-Lothringen aus „nationalpolitischen“ Gründen.

Abg. Böhle (Soz.): Wir könnten eine Zulage nur allen Beamten in Elsaß-Lothringen geben.

Kriegsminister v. Peeringen schließt sich von Kollers Bitte an. — Der Antrag von Koller wird abgelehnt, der Rest des Nachtragsetats ebenfalls angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr. 2. Lesung des Staatsangehörigkeitsgesetzes und weitere Vorlagen, 2. Lesung des Wehrgesetzes. Schluß: 8 Uhr.

# Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratie Badens.

Freiburg i. B., 22. Juni 1913.

Die heutige Sitzung beginnt mit Begrüßungsansprachen. Die Freiburger Genossen, sowie die Parteioptionen von Wahren Hesse und der Reichslande lassen durch Vertreter dem Parteitag ihre Wünsche übermitteln, für den deutschen Parteivorstand ergreift Genosse Ebert, Berlin das Wort. Genosse Dr. Frank gedenkt in warmen Worten des verstorbenen Genossen Aden-Dresden, der gestern gestorben ist.

Nach dem Berichte der Mandats-Erklärungs-Kommission sind 134 Delegierte, 16 Abgeordnete und 3 Sekretäre anwesend. Als einziger Verhandlungsgegenstand befindet sich auf der heutigen Tagesordnung ein Referat des Genossen Dr. Frank-Mannheim über: „Die badischen Landtagswahlen 1913.“

Zur Begründung des Mandatabkommens führte er dabei folgendes aus: Wir verlangen in der Landespolitik die konfessionell gemischte und rein weltliche Schule, bei der bevorstehenden Reform des Fortbildungsschulwesens Übernahme der Kosten auf den Staat. Weiter fordern wir Trennung der Kirche vom Staat und Ablehnung der 1914 wieder fällig werdenden Verlängerung der Donation an die Kirchen im Betrage von 6.000.000 Mark. Die Justizträger müssen nach dem Friedrichselder Urteil gegen freitragende Arbeiter jetzt öfter wie früher im badischen Landtag besprochen werden. Die Rückführung der Wasserkräfte für das ganze Land und durch den Staat hat die Sozialdemokratie schon stets gefordert und sie vertritt diese Forderung auch ferner mit Nachdruck. Aber auch den Kampf für die Arbeitslosenversicherung, für die Verbesserung der Fabrikinspektionen hat die Landtagsfraktion stets in den Vordergrund gestellt. Wir sind keine großherzoglich badischen Sozialdemokraten und wollen es auch nicht sein. Aber um obige Forderungen durchzuführen zu können, müssen wir unter allen Umständen eine Majorität des Zentrums und der Konservativen gewinnen, und dazu soll das Teilsabkommen mit den Nationalliberalen und Fortschrittlichen bei den Landtagswahlen dienen. Es ermöglicht dem Zentrumsführer Wader nicht, die Koalition der Linken zu sprengen. Ein Großklub für den ersten Wahlgang ist nicht abgeschlossen worden, wir sind also trotz des Teilsabkommens vollständig selbständig gegenüber den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen. Das Teilsabkommen bezieht sich auf die Wahlkreise Lahr-Stadt, Schweigen, Mannheim-Schwesingen, Heidelberg-Bischeloch und Heidelberg-Eberbach. Hier sollen die Fortschrittlichen und Nationalliberalen getrennt Kandidaten auf, um es dem Zentrum unmöglich zu machen, der Sozialdemokratie dadurch die Kreise zu nehmen, das es sofort den liberalen Kandidaten unterläßt. Im zweiten Wahlgang muß dann das eigentliche Großklubabkommen getroffen werden. Unter sämtlicher Bevölkerung ist nicht in das Teilsabkommen einzuschließen, da unsere projektuale Stimmenzahl für solche Ansprüche zu gering ist. Es darf eben nicht nur auf die Zahl der Mandate ankommen. Wir müssen auf jeden Fall die Zentrumsmehrheit verhindern. Geben wir das Abkommen preis, gleich das einer verlorenen politischen Schlacht. Diskussion über das Referat Frank fand nicht statt. Der Antrag, das getroffene Abkommen zu billigen, wurde unter großem Beifall einstimmig angenommen. Das Referat Frank soll als Broschüre erscheinen. Der Landesvorstand wird das Zentralwahlkomitee bilden.

Mit einem begeistert aufgenommenen Echo auf die internationale Sozialdemokratie wurde sodann der außerordentliche Parteitag geschlossen.

Die Fortschrittlichen hielten ihre außerordentliche Parteiverammlung in Offenburg ab. Das Landtagswahlabkommen mit Sozialdemokraten und Nationalliberalen wurde einstimmig gutgeheißen. — In einer Resolution protestierte dann der fortschrittliche Parteitag noch gegen die Einführung der Festspielaufführung in Breslau, in der die fortschrittliche Versammlung die Preisgabe der Freiheit von Kunst und Wissenschaft gegenüber höfischen Rücksichten sieht. Das deutsche Volk werde aus dem Breslauer Vorgang „die weise und gerechtmäßige Lehre“ ziehen, bürgerliche Feste und Veranstaltungen nicht mehr höfischen Protektoren zu unterstellen. Die Nationalliberalen Partei tagte in Karlsruhe. Sie zählte nicht weniger als 600 Teilnehmer. Das Mandatabkommen wurde auch hier angenommen, es stimmten von der großen Zahl nur sieben Mann dagegen.

## 12. Verbandstag der Buchbinder.

Stuttgart, 20. Juni.

Fünfter Verhandlungstag (Abend Sitzung). Die Beratung der allgemeinen Anträge wurde bei den zur Besse gestellten fortgesetzt. Beschlossen wurde dabei, daß die Abrechnungen der Verbandskasse in Zukunft nicht mehr in der Buchbinderzeitung, sondern auf Extrablättern, die zum Sammeln bestimmt sind, veröffentlicht werden. — Ein Antrag Berlin, der die Veranstaltung einer Enquete über die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsindustrie verlangt, wurde dem Vorstand zur Verwirklichung überwiesen. Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes wird in mehreren Anträgen gewünscht; der Verbandsvorstand solle sich mit den anderen graphischen Verbänden deswegen in Verbindung setzen. Weiland-Heinberg befürwortete die Bestrebungen, die die Verbände einander näher bringen. Herzog-Berlin ersuchte dagegen, sich nicht fortgesetzt den anderen Verbänden ausstrahlen zu wollen. Verbandsvorsitzender Klotz verwies darauf, daß die Konzentration im graphischen Gewerbe immer mehr auf eine Verschmelzung hinabzieht. Er bittet aber, die Anträge abzulehnen, da bei den übrigen Verbänden noch nicht allzuviel Liebe für eine Verschmelzung vorhanden sei. — Der Verbandstag beschloß demgemäß.

Die Zustimmung des Verbandstages fand eine Vorlage des Vorstands über die Einführung einer allgemeinen Versicherung der Funktionäre gegen Unfälle bei der Tätigkeit für die Organisation. Es wird Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Sterbegeld und Witwenunterstützung gewünscht.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Referenten Michaels hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaftsbewegung durch die Gewerkschaften in beachtenswerter Weise unterstützt wird, es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder die „Volksfürsorge“ durch allseitigen Eintritt fördern.

Stuttgart, 21. Juni.

Am heutigen Verhandlungstag unterbreitete die Tagesordnung ihre Vorschläge bezüglich der Unterhaltungen, die insgesamt angenommen wurden. Die

bisherigen Sätze der Arbeitslosen- und der Krankenunterstützung bleiben im wesentlichen bestehen. Nur die erste und die neu eingeführte zweite Klasse bilden eine Veränderung. In der ersten Klasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung pro Tag 50 Pfennige bis zu 15 Mark Höchstbetrag insgesamt, die Krankenunterstützung 30 Pfennige (Höchstsumme 12 Mark). In der zweiten Verbandsklasse beträgt die Arbeitslosenunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft 75 Pfennige (Höchstbetrag 22,50 Mark), nach dreijähriger Mitgliedschaft 1 Mark (Höchstbetrag 30 Mark) und die Krankenunterstützung 40 Pfennige (Höchstbetrag 16 Mark). Während der Dauer von Krankheit oder Arbeitslosigkeit dürfen Beiträge nicht geleistet werden. — Die Streit- und Vermögensunterstützung wurde geändert. Sie beträgt nun je nach der Verbandsklasse, der Dauer der Mitgliedschaft und ob das Mitglied einen eigenen Hausstand hat, 4—16 Mark wöchentlich. Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren 20 Pfennige pro Tag gewährt. Mitglieder mit weniger als 26 Wochenbeiträgen können drei Viertel der Sätze erhalten. Im Falle der Maßregelung von Verbandsmitgliedern kann die Unterstützung auf 12 Wochen verlängert werden.

Die Bestimmungen für die Umzugunterstützung werden dahin ergänzt, daß, wenn Mann und Frau Mitglied des Verbandes sind und beide zusammen unziehen, auch der Frau eine Unterstützung bewilligt werden kann.

Die Diszankteile aus den Verbandsbeiträgen werden auf Vorschlag der Kommission wie folgt festgesetzt: für die ohne Angestellte in der ersten Verbandsklasse per Beitrag 2 Pfennige, zweite Klasse ebenfalls 2 Pfennige, dritte Klasse 3 Pfennige, vierte Klasse 5 Pfennige und fünfte Klasse 7 Pfennige. Für Orte mit Angestellten beträgt der Anteil in der ersten Klasse 1 Pfennig, in der zweiten Klasse 1 1/2 Pfennig, in der dritten Klasse 2 1/2 Pfennige, in der vierten Klasse 4 Pfennige und in der fünften Klasse 6 Pfennige. Eine vorgeschlagene Neuregelung (Erhöhung) der Gehälter der Angestellten lehnte der Verbandstag mit 48 gegen 24 Stimmen bei 19 Enthaltungen ab.

Der Verbandstag wählte dann eine Kommission von 11 Mitgliedern, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand vor dem nächsten Verbandstag die zum Statut eingehenden Anträge beraten soll.

Der Verbandsvorstand bleibt in Berlin. Die besetzten Verbandsbeamten wurden wiedergewählt. Ausschuhvorsitzender bleibt Bergmann-Leipzig.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Der nächste findet 1916 in Düsseldorf statt.

## B. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Danzig, den 21. Juni.

Die heutige Sitzung befaßte sich vorwiegend mit der Beratung von Einzelanträgen zum Statut, da die Kommission, der die Vorberatung der grundsätzlichen Änderungsanträge zum Unterstufungswesen übertragen ist, ihre Arbeiten noch nicht beendet hat. Die erste Serie dieser Einzelanträge befaßte sich mit der Einteilung der Gauen und Bezirke, den Aufnahmebedingungen, der Vertretung auf den Generalversammlungen usw. Die sehr eingehende Debatte hierzu zeigt, daß man allgemein strengere Aufnahmebedingungen wünscht und verschiedene bisherige Maßnahmen abzuändern bemüht ist.

Steinhardt-Hamburg bezeichnet das herbeizutretende Bestreben, möglichst nur gut ausgebildete Kollegen, die auch in organisatorischer Beziehung ihre Schuidigkeit tun, zur Aufnahme bzw. zur Wiederaufnahme zuzulassen, als ein Zeichen der Reife und Mündigkeit, was wohl darauf zurückzuführen sei, daß 94 Prozent der Organisation angehören. — Auch Döblich betont, daß die Verbandsvereinigungen so beschaffen sein müssen, daß den Kollegen die Mitgliedschaft begehrenswert erscheinen müsse und es nicht erst wieder Agitation für den Eintritt bedürfe. Aus diesem Gefühl der Sicherheit heraus ist auch wohl folgender Vorstandsantrag geboren, der besagt, daß der Eintretende in technischer Beziehung berant ausgebildet sein muß, daß er seinen Beruf voll auszuführen vermag und in gesundheitlicher Beziehung von der Mitgliedschaft seines Konditionsortes unter Zustimmung des Gauverbandes für aufnahmefähig erklärt werden muß.

Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme. Ebenso ein weiterer Vorstandsantrag, der besagt, daß „Tauschsumme oder mit sonstigen körperlichen Gebrechen behaftete ohne vorherige Zustimmung des Verbandsverbandes nicht aufgenommen werden dürfen“. Ausgerechneten oder Ausgeschlossenen wird der Wiedertritt durch Erhöhung der Eintrittsgebühr von 2 auf 3 Mark erschwert. Eine größere Minderheit war für 5 Mark.

Der Vorstandsvorstand hatte auch beantragt, die Bestimmung in § 13 des Statuts, wonach dem

### leitenden Redakteur des „Korrespondent“

das Recht zusteht, Sitz und Stimme im Verbandsvorstand zu beanspruchen, zu streichen. Dieser Antrag erweckte verschiedentlich das Gefühl, als ob der Verbandsvorstand die volle Gleichberechtigung des leitenden Redakteurs als ledig empfinde, und so traten denn mehrere Redner gegen den Vorstandsantrag auf. Nachdem jedoch sowohl der Verbandsvorsitzende Döblich wie auch der Redakteur Kerschke erklärten, daß lediglich praktische Gesichtspunkte für die Befestigung dieses Rechtes des leitenden Redakteurs maßgebend seien und das Zusammenarbeiten der Redaktion des „Korrespondent“ mit dem Verbandsvorstande ein nach jeder Richtung harmonisches sei, ließen die Belämpfer des Vorstandsantrages ihre Oppositionsfstellung fallen.

Ein Vorstandsantrag, der die Ausdauer der besetzten Gauvorsteher mindestens auf drei Jahre festzulegen will, wird zurückgezogen.

Eine etwas erregte Debatte ruft ein Antrag Hamburg-Altona hervor, welcher fordert, daß die

### Gauvorsteherkonferenzen

unter Hinzuziehung eines stenographen aufgenommen werden, und daß die Protokolle den Mitgliedern zugänglich werden sollen. Der Antrag wird abgelehnt.

Eine Reihe von Anträgen will die Vertretung auf den Generalversammlungen prozentual anders geregelt werden als bisher. Beschlossen wird nach längerer Aussprache, daß der bisherige Modus bestehen bleibt mit der einzigen Änderung, Anzahl 500 Mitglieder 600 einen Delegierten wählen zu lassen. Verschiedene Anträge, die eine längere Auseinandersetzung erfordern, werden zurückgestellt, nachdem sich ergibt, daß eine nachmalige Erörterung der Materie sich bei Beratung der erst nächsten zu erwartenden Konventionen ergehen würde. Ferner

geht der Verbandstag über eine Anzahl Anträge hinweg, welche das Verhältnis der Organisation zu solchen Mitgliedern näher im Statut präzisieren sollen, die auch noch Prinzipalsver-einigungen bezug. Prinzipalsvereinigungen angehören. Dagegen erfordert der Punkt 4 der Tagesordnung

### Stellungnahme zu den Anträgen, betreffend die Sparten,

eine mehrstündige Debatte. Von einer großen Anzahl Ortsgruppen liegen Anträge vor, dahinkundend, daß die Zentral-kommissionen der einzelnen Sparten die Berechtigung haben sollen, auf allen Gauvorsteherkonferenzen durch je ein Mitglied vertreten zu sein. Andere Anträge verlangen die Zustimmung des Verbandstages zur Bildung neuer Sparten. Nach der Debatte hierüber einigte man sich dann unter Ablehnung aller anderen Anträge auf einen Antrag Massini-Seitz gegen 6 Stimmen dahin, daß die Vorstehen der Zentralkommissionen der einzelnen Sparten zu allen solchen Gauvorsteherkonferenzen mit beratender Stimme hinzugezogen werden müssen, in denen Interessen der Sparten mit zur Erörterung stehen. Dadurch wird der bisherige Zustand von der Generalversammlung sanktioniert.

Zwecks Erledigung verschiedener Angelegenheiten, über die sich eine öffentliche Verhandlung nach Ansicht der Generalversammlung nicht empfiehlt, wurden die heutigen Beratungen in geschlossener Sitzung gepflogen.

Zunächst verzelebte sich Döblich in längerer Aussprache über die zu erledigenden Angelegenheiten, wobei er eine Reihe von Erscheinungen gewerblicher und allgemein gewerblicher Natur besprach, sie teilweise kritisch beleuchtete und in anderen Fällen wieder eine Stellungnahme dazu nach der einen oder der anderen Richtung empfahl. Die Debatte war eine äußerst lebhaft. Die Generalversammlung stellte sich bezüglich der Frage welche Stellungnahme die Organisation zu den Prinzipalen, die wegen des besonderen Fonds aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausgetreten sind oder mit dem 30. September dieses Jahres ausgeschlossen werden dürfen, einnehmen soll, auf den Standpunkt, abzuwarten, wie sich diese Verhältnisse entwickeln werden.

### Aus der Erörterung des Verhältnisses der Organisation zur allgemeinen Arbeiterschaft

ging als Exkurs hervor, daß der Verband die Selbständigkeit der Gewerkschaft aufs neue betont, wie er auch an der Selbstverständlichkeit der Neutralität festhält. Wegen der gegnerischen Präferenzen und agitatorischen Machenschaften sind besonders aufzuregen, liegt keine Veranlassung vor. Der Verband werde seinen bisherigen Weg weitergehen und durch seine Handlungen beweisen, daß er weder eine andere Richtung eingeschlagen hat, noch der Heberentrastität Konzeptionen zu machen gedenkt sei. Auch die Stellungnahme zur allgemeinen Arbeiterbewegung habe keine Veränderung erfahren, denn die Arbeiterschaft habe es gerade gegenwärtig sehr notwendig, ihre Geschlossenheit zu zeigen. Natürlich werde auch erwartet, daß von allen Körperschaften innerhalb der Arbeiterbewegung nichts geschehe, was zu irgendwelchen Landhaben gegen die Gewerkschaften Material liefern könnte.

Das von manchen Prinzipalen beliebte Thema von der Zurückhaltung mit den Leistungen erfuhr eine eingehende Diskussion. Der Behauptung der Prinzipale, daß diese Erscheinung speziell in den Großbetrieben wahrzunehmen sei und daß es hauptsächlich die Drucker seien, die in Betracht kämen, wurde in eindringlicher Weise entgegengehalten, daß die Behauptungen nicht zuträfen. Der Vorsitzende sagte die Aussprache dahin zusammen, daß unberechtigten Vorstellungen der Prinzipale entgegengetreten werden müsse.

Die Sitzung wird wegen einer von den Kollegen des Gau Westpreußen veranfaßten Tauschfahrt abgebrochen. Am 9. September d. Js. werden es 25 Jahre, daß Döblich an der Spitze des Verbandes der Deutschen Buchdrucker steht. Die Generalversammlung hat aus diesem Anlaß in einer internen Sitzung, von der man Döblich ferngehalten benutzt hatte, den einstimmigen Beschluß gefaßt, ihn mit drei Viertel seines Gehalts zu pensionieren, falls er den Beschlüssen des Alters unterliege oder aus anderen Gründen seinen Posten nicht mehr auszufüllen imstande sei.

Gleichzeitig wurde der Beschluß der Generalversammlung auch auf den im 66. Jahre stehenden Kassierer Giller ausgedehnt, der zwar erst in 3 Jahren sein 25 jähriges Jubiläum erreicht hat, dessen Gesundheitszustand indes zurzeit nicht der beste ist. Die Generalversammlung ließ durch Massini-Berlin ausdrücken, daß sie sich verpflichtet fühle, in Anbetracht der Tätigkeit der beiden verdienstvollen Beamten deren Lebensabend sicherzustellen und ihnen dies als Jubiläumsgabe schon jetzt mitzuteilen.

### Aus der Jugendbewegung.

Ethel in der Jugendbewegung. In einer Jugendversammlung in Königsberg i. Pr., am 15. Juni, sprach Arbeitersekretär Krüger über „Die Königsberger Polizei im Kampf gegen die Arbeiterjugend“. Er machte dabei die Mitteilung, daß ein Schlosserlehrling Max Schirrmann auf Veranlassung des Königlich preussischen Kriminalkommissars Scheffler Anklagen der „Arbeiter-Jugend“ geworden war, um diese Zeitschrift und die Mitteilungsblätter über die Veranstaltungen für die Königsberger Arbeiterjugend in die Hände der Polizei zu werfen. Er sollte auch auf eventuell politische Reden und fernere darauf aufpassen, ob vielleicht eine Jugendorganisation besteht. Als Entschädigung bekam er 6 Mk. monatlich, manchmal auch weniger. So lumpy die Tätigkeit, so lumpy also auch die Bezahlung! Der strebsame und hoffnungsvolle Polizeijüngling Der in Königsberg gerade anwesende Genosse Dr. Karl Liebknecht hielt dann in der Versammlung noch eine Ansprache. Der anwesende Polizeikommissar unterbrach ihn nach einiger Zeit und verlangte die Entfernung aller Personen unter 18 Jahren, die Liebknechts Rede eine politische sei. Der Herr Kommissar ließ sich aber doch überzeugen, daß sein Verlangen unberechtigt sei und unter dem Jubel der Versammlung konnte Liebknecht seine Rede beenden.

Die Sozialgeschichte ist ein trefflicher Beweis, wie man in nationalen Kreisen die Jugend „ertüchtigt“.

Refer! Bevorgut bei Euren Einkäufen unsere Referenten und die Adressen des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

# Was bisher fehlte

Im Moment ohne weitere Zutaten eine vorzügliche köstliche, appetitregende Sauce!

**Beim Einkauf!** Sarselles, Capern, Zwiebel, Senf, Meerrettich, Gonsiasch, Tomaten, Madeira, Pilz, Braten-Sauce!

## Rotti-Saucen

10erlei Würfel à 10 Pfg.

**Rotti-Gesellschaft m. b. H., München**

Vertreter: Felix Schaefer, Salsbrunn 22.



